

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dienstzeit
Tageblatt Riesa,
Grenz Nr. 20,
Vorjahr Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Bauamts Riesa behördliche Blatt.

Postleitzettel:
Dresden 1580
Girokarte:
Riesa Nr. 52.

J. 18.

Donnerstag, 22. Januar 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 10 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung. Für den Fall des Untergangs von Proletionsverträgen, Schätzungen der Höhe und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preisreduzierung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags anzumelden und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 20 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Kalligraphie-Zeile 100 Gold-Pfennige; Zeitraumblatt und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Beste Tafel. Einzelne Blätter teils, wenn der Beitrag verfällt, durch Rüge eingesogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlung und Erfüllung: Riesa. Mittägliche Unterhaltungsbeiträge können abweichen. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstige irgendwelche Störungen des Betriebes der Druckerei, der Herausgeber oder der Verleger — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Redaktion: Riesa & Winterlich, Riesa. Geschäftsräume: Goethestraße 59. Geschäftsräume für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Hittich, Riesa.

Das Gesündnis Zaleskis.

Wie war Deutschlands Lage in Genf schwerer. Die ganze Welt ist heute von grauer Sorge geprägt. Ein Notwinter liegt nicht nur über unserem Lande, auch England und Amerika quälen sich mit Krise, Arbeitslosigkeit und Elend. Den gleichen verhärtet die Öffnen gegen fremde Klagen. Aber es ist nicht unsere Schuld, dass wir klagen müssen. Wir treten auch feineswegs ausdrücklich in eigener Sache auf, so sehr die Not unserer deutschen Brüder in Polen unsere Sache ist. Deutschland steht vor dem Weltparlament in Genf als Speicher für Würde und Freiheit aller Menschen und aller Völker. Dr. Curtius hat das, und es war sehr gescheit von ihm, in seiner eindrucksvollen Rede franz und frei gesagt.

Sehr geehrter Herr! Wir wenden uns zum letzten Male an Sie, es ist gut zu überlegen, dass die einzige Möglichkeit zur Dokumentierung Ihrer Kompetenz in der offenen Abgabe Ihrer Stimme am 28. 02. für die alte Nr. 1 liegt. Sollte es anders sein, dann wird niemand die Verantwortung für die Folgen, die Sie treffen können, übernehmen wollen. Der polnische Wahlabschuss.

Dieser Brief flog im November vorigen Jahres den Mitgliedern der deutschen Minderheit in einer oberösterreichischen Gemeinde ins Haus. Er ist eines von den zahlreichen Dokumenten, die der Deutsche Volksbund für Volnisch-Schlesien in seiner Eingabe an den Völkerbundrat gesammelt hat. Es sind mehr als Dokumente der sozialwirtschaftlichen Unverträglichkeit der Nationalitäten. Was zur Zeit in Polen — und feineswegs nur in Oberösterreich — Humanität und Vernunft wegzuschwemmen scheint, ist eine wütende Woge des Nationalismus, wie sie das Land seit geraumer Zeit nicht mehr erlebt hat. Darunter haben nicht nur unsere deutschen Brüder in Oberösterreich zu leiden, sondern auch andere Minderheiten, ja, beträchtliche Teile des polnischen Volkes selbst. Aber der Unterschied besteht darin, dass die Deutschen Überlebenssinn sich doch nicht freiwillig dazu gebracht haben, das politische Schicksal der polnischen Nation zu teilen. Wenn das Regime Piłsudski in Polen müsste, so mag es gegenüber den eigenen Landsleuten Menschenrecht verletzen, für die es leider noch keine Richter gibt. Gegenüber der deutschen Minderheit aber verlegt es Flechte, die durch internationale Verträge geheiligt sind. Und dies hat Dr. Curtius wirkungsvoll hervorgehoben.

Unsere Position in Genf ist nicht einfach. Wir stehen vor einem misstrauischen Forum. Man argwöhnt ja, man sagt es uns auch offen nach, dass untere Minderheitenfragen nur ein Mittel zu ungenannten, aber leicht erkennbaren Zweck seien. Wir erstickten eine Revision der polnischen Grenze und suchten die Weltmeinung hierfür sturmreich zu machen, indem wir durch ein Trommelfeuer von Klagen Polen in der allgemeinen Achtung herabzogen. Nun, wir finden, um Schlimmsten gegen den polnischen Namen willst die polnische Politik selbst, und wir könnten uns zum Beispiel dessen auf international so einflussreiche und angesehene Blätter wie den englischen „Manchester Guardian“, ja, den feineswegs deutschfreundlichen „Petit Parisien“ berufen. Trotzdem wird Polens Sprecher in Genf sein Außenminister Zaleski, mit wunden Hinweisen zweifellos Eindruck machen. Auf den polnischen Wahlplakaten, die gegen das „Kreuzritterbergs“ und die „Schlangeninstinkte“ der deutschen Minderheit brennen, findet sich als letzte Schlagnote immer wieder und wieder der Aufruf zum „Kampf gegen Treutinus“. Die bekannte Rede des deutschen Reichsministers ohne Vorzeichen hat die nationale Bedrohung in Polen gewiss aufgedreht lassen. Darum war es notwendig und vorsätzlich wirksam, dass der deutsche Minister des Innern nachdrücklich erklärte, Deutschland verfolge keine Ziele, die er nicht lenkte, nur mit legalen Mitteln.

Deutschlands Aufgabe in Genf war es, auf Tatsachen hinzuweisen, die den Frieden gefährden könnten. Das ist durch die Rede des deutschen Ministers zweifellos eindeutig gelungen. Sein polnischer Gegenspieler hat sich bemüht, gedämpft und friedlich zu antworten. In seiner Rede, die er sich vorsätzlich vorher aufgeschrieben hatte und die daher auf Curtius' Vorwürfe kaum einging, standen zunächst eine ganze Reihe, die man erwarten konnte: Gegenvorwürfe an Deutschland, Ablehnung oder Bagatellisierung der Vorwürfe in Polen. Dann aber kamen ein paar Sätze, die in ihrer Offenheit überraschten: „Er gebt zu, dass ein großer Teil der Vorfälle, die in der Beschwerde des Deutschen Volksbundes angeführt waren, tel bedauerlich seien, und er könnte sagen, dass er die Forderungen des Deutschen Volksbundes im Grundsatz annimmt. Er gebt zu, dass gewisse Bestimmungen der Minderheitsverträge verletzt seien...“ Nun, geben auch wir zu: Das ist ein Geständnis. Man sieht, der polnische Außenminister hat sich Mühe gegeben und den Verband abschütteln wollen; ob er aus der Seele auch eine Tat machen wird, muss ich zeigen. Ueberhaupt flang in der Rede des polnischen Ministers manches nach gutem Willen. Wir waren jetzt auf die Tat.

Die Grenzüberschreitung bei Rybnik

Oppeln, 22. Januar. Zu Blätternzählungen, wonach in der Nähe von Rybnik eine an der Grenze übende polnische Infanterie-Abteilung die Grenze überschritten hat, erfahren wir aus zuständiger Stelle, dass die Grenzüberschreitung tatsächlich stattgefunden hat, dass aber die Truppe, als sie von einem deutschen Postbeamten darauf aufmerksam gemacht wurde, dass sie sich auf deutschem Gebiet befindet, sich sofort auf polnisches Gebiet zurückzog.

Curtius antwortet Zaleski.

Zurückweisung der Anwürfe gegen Hindenburg.

Genf. Reichsaußenminister Dr. Curtius wandte sich zu Beginn der gestrigen Nachmittagssitzung gegen die Erwidern des polnischen Außenministers Zaleski, in der Vormittagssitzung. Der Rückgang der deutschen Stimmen in den einzelnen Sitzungen sei nur durch die Terrorrede während der Wahlzeit zu erklären. Bis zum Mai 1930 hätten die deutschen Stimmen ständig zugenommen und seien dann mit einem Male zurückgegangen. Der Völkerbund sei verpflichtet, dieses Verfahren zu untersuchen. Ausländische Korrespondenten hätten die Lage in Oberösterreich gesehen und seien zu erstaunlichen Ergebnissen gelangt. Dr. Curtius verwies auf einen Artikel in der englischen Zeitung „Observer“, worin festgestellt wird, dass in Oberösterreich Verbrechen begangen worden sind. Es seien Strafverschärfungen eingeleitet worden; damit könne sich aber die deutsche Regierung nicht begnügen. Wichtig sei es, dass die Zusammenhänge zwischen den Schören, der Polizei und den Aufständischen näher aufzuläutern und dieses müsse durch eine Untersuchung des Völkerbundrates geschehen.

Der polnische Außenminister habe heute morgen den Stahlhelm mit dem Aufständischenverband verglichen. Der Stahlhelm sei keine Aufständischenorganisation, nicht militärisch organisiert und er begegne keine Gewalttaten gegen andere. Die Aufständischen-Organisationen seien dagegen militärisch organisiert und hielten militärische Übungen und Manöver ab.

Dr. Curtius zitierte dann eine Reihe von Wahlurkunden des Aufständischenverbands als Beleg für dessen terroristische Sichtung. Der Aufständischenverband bedeute eine dauernde Bedrohung für das Leben der Bevölkerung. Bezeichnend für die Rolle des Wojwoden Graczański sei eine Rede, die er am 17. Nov. 1928 gehalten habe und aus der er klar hervorgehe, dass Graczański das geistige Haupt der Aufständischen-Organisation sei. Dr. Curtius erwähnte dann verschiedene Beispiele, um zu zeigen, wie gerade der Wojwode Graczański wirtschaftliche Mittel zu seiner Entdeckungsmethode benutzt. Er nannte u. a. die Fälle Pleß, Kalenberg und Pitsch. Er weise es mit Empörung aus, dass der polnische Außenminister den Wojwoden Graczański mit dem Reichspräsidenten v. Hindenburg in einem Vergleich genannt habe. Es sei verwerflich, Graczański mit Hindenburg zu vergleichen, dessen Verantwortungsgefühl und Gerechtigkeitsfassung allgemein bekannt sei. Es sei eine gute Gelegenheit in den parlamentarischen Sälen, dass Staatsoberhaupt nicht in die Debatte zu ziehen und er möchte wünschen, dass diese Gelegenheit auch im Völkerbundrate gelte.

Was die von Zaleski angegebenen Zahlen über die polnischen Minderheitsschulen in Deutschland angehe, so seien allerdings 51 Schulen der polnischen Minderheit in Deutschland vorhanden. Von diesen würden aber nur 28 benutzt; 28 bländen leer, weil die Eltern es vorziehen, ihre Kinder in die deutschen Schulen zu schicken.

Was die politischen Fragen angehe, so habe die Minderheitsschwerbe der deutschen Regierung keinen Anlass gegeben, diese Fragen aufzuwerfen. Er betrachte es aber als Freiheit, wenn er nicht bei dieser Gelegenheit dargelegt hätte, wie das deutsche Volk über die Frage denkt. Eine offene Aussprache sei notwendig, wenn solche Fragen auftauchen. Er erinnere an ein Wort Briand's, der auf der letzten Völkerbundssitzung gesagt habe, dass der Völkerbund auch an unbedeutenden Fragen nicht vorbeigehen dürfe. Er wiederhole aber seine heutige Erklärung, dass das deutsche Volk seine politischen Ziele nur auf friedlichem Wege und auf dem Vertragssoden zu erreichen trachtet. Die Vorläufe, über die die deutsche Regierung und der Deutsche Volksbund Beschwerde führen, seien nur ein Mittel in der langen Kette der Entdeckung. Seit 1919 seien 2 Millionen Deutsche aus Polen vertrieben worden. Alle möglichen Methoden seien für diese Entdeckung angewendet worden. Er verzichte darauf, jetzt auf Einzelheiten einzugehen.

In den Schlussfolgerungen übergehend, erklärte Dr. Curtius, er habe mit Genugtuung festgestellt, dass der polnische Außenminister eine Verlegung der Bestimmungen der Artikel 75 und 88 der Genfer Konvention ausgegeben habe, das eine Reihe von Verletzungen eingeleitet sei, und das bestätigt hat. Schadensersatz und Schiene zu leisten. Aber das genüge nicht. Es müsse auch für die Zukunft gesorgt werden, dass solche Dinge sich nicht wiederholen. An der Frage der Aufständischen-Organisation und ihrem Zusammenhang mit den Behörden könne man nicht vorübergehen. Der Völkerbundrat müsse zu diesen Dingen Stellung nehmen, denn er sei der Sohn der Minderheiten.

Eine kurze Entgegnung Zaleskis.

In einer kurzen Entgegnung meinte Zaleski, die deutschen Minderheiten hätten ja die Möglichkeit, sich an den Obersten polnischen Gerichtshof zu wenden, wenn sie glaubten, dass ihnen während der Wahl Unrecht geschehen sei. Als Beweis für die angeblich minderheitensindliche Differenz der deutschen Behörden führte Zaleski eine Entscheidung des Kreislauler Verwaltungsgerichtes vom 4. 10. 1928 an, wonin dem „Schulverein für Niederschlesien“ die Errichtung von polnischen Minderheitsschulen unterstellt war.

Zaleski muhte sich allerdings durch einen Zwischenruf von Dr. Curtius belehren lassen, dass diese Entscheidung von der nächsthöheren Verwaltungsstelle sofort aufgehoben worden ist.

Nach den Ausführungen Zaleskis vertonte sich der Völkerbundrat auf Donnerstag vormittag 11 Uhr.

Scharfe Zurückweisung der Anwürfe Zaleskis gegen Hindenburg.

* Genf, 21. Januar. Die zweite große Rede, die der deutsche Außenminister in der Nachmittagssitzung des Völkerbundrates gehalten hat, ist allemal als das eigentliche politische Programm der deutschen Regierung in der Oberösterreichfrage aufzufassen worden, während seine Vormittagsrede in ausländischen Kreisen mehr als eine juristische Darlegung der tatsächlichen Lage betrachtet wurde. An der zweiten Rede, die Dr. Curtius hielt, hat er die Willkür des Völkerbundrates zur Unterstellung der geläufigen Lage in Oberösterreich, Anhörung des Präsidenten Galander und entsprechende Garantiemahnahmen des Völkerbundrates für die Zukunft gefordert. Der Aufständischenverband und der Wojwode Graczański als Führer des Verbandes sind einwandfrei als die Träger und Urheber der Gewaltmaßnahmen in Oberösterreich festgestellt worden und die Unserlichkeit des Völkerbundrates wurde auf die unabdingbare Kooperationsfähigkeit von Maßnahmen gegen diesen Verband hingewiesen. Die höchst vorliegende und rednerischeweise glückliche nochmalige Antwort des polnischen Außenministers hat in weitesten Kreisen einen peinlichen Eindruck hervorgerufen. Der Slogan von Dr. Curtius auf die allgemeine Revisionsschärfe des Minderheitenverfahrens wird in wahnbewohnden deutschen Kreisen dahin bewertet, dass der Außenminister für die nächste Ratsitzung im Mai oder für die Septembertagung Möglichkeit gesichert hat, die Revision des gesamten Minderheitenverfahrens in Angriff zu nehmen.

* Berlin. Die Berliner Abendblätter berichten ausführlich über die Rede des deutschen Außenministers im Völkerbundrat. In den Kommentaren, die zunächst von den Genfer Vertretern der Blätter stammen, wird den Ausführungen des Ministers allgemein zugestimmt. So weit zu der Antwort des polnischen Außenministers Zaleski. Seine Stellung genommen wird, wird die Hinwendung des Reichspräsidenten v. Hindenburg und dessen Gegenüberstellung als Ehrenmitglied des Stahlhelms mit den Vorwänden des polnischen Aufständischenverbandes Graczański als schärfste zurückgewiesen, da er der Ehre und Würde des Reichspräsidenten zu nahe trete.

Die Rede des deutschen Außenministers findet auch in den Reichspresse gründliche Anerkennung.

Die Deutsche Tageszeitung betont, dass die Anklage es an Deutlichkeit und Schärfe nicht schlagen lasse. Der Volksanzeiger schreibt, man kann den meisten Ausführungen nur aufnehmen. Beide Blätter geben jedoch den Kritik Ausdruck, dass Dr. Curtius an einzelnen Stellen die deutschen Forderungen härter umreißen soll.

Auch die Pressezeitung ist der Ansicht, dass die Rede zweifellos starken Eindruck gemacht habe. Allerdings scheine die Sorge berechtigt, in welchem Umfang es gelingen werde, nun auch wirklich praktische Erfolge zu erreichen. — Die Germania fordert, dass der Rat jetzt starke Maßnahmen treffe, wenn Deutschland noch ein Interesse an weiterer Mitarbeit haben sollte. Wenn der Völkerbundrat schwere, werde Deutschland seine Forderungen auf Biengen und Breslau durchzusetzen müssen. — Das Tageblatt nennt die Rede scharf in der Klarstellung und vorsichtig in den Konfrontationen und Anträgen. — Der Volkskurier erachtet als einen besonders glücklichen Abschnitt der Rede die Zurückweisung der polnischen Behauptung, dass die deutsche Revolutionsbewegung die auch von Warschau nicht gelegneten schweren Verstümmelungen verschuldet habe. Der Rat werde sein Augenmerk in erster Linie auf das Zusammenwirken der polnischen Behörden mit den russischen Beamten zu richten haben.

Nichtöffentliche Vormittagssitzung in Genf.

Genf. (Funkspruch.) Der Völkerbundrat hat heute entgegen den ursprünglichen Absichten die Ansprache über die polnischen Beschwerden bezüglich Oberösterreich unterbrochen. Es handelt sich in den frühen Vormittagssitzungen eine nichtöffentliche Sitzung des Rates statt, in der, wie verlautet, der Termin und der Ort der Abrüstungskonferenz und die übrigen noch zu erledigenden Fragen, wie zum Beispiel der Antrag der deutschen Regierung auf die Offenlegung des geläufigen Rüstungsstandes, besprochen werden sollen. Die Ansprache über die Oberösterreichische Frage wird in einer der nächsten Sitzungen fortgesetzt.

In der heutigen Sitzung werden andere Punkte der Tagesordnung, die von weniger großer Bedeutung sind, erledigt.

Lertliches und Sächsisches.

Riesa, den 22. Januar 1931.

* Wettervorbericht für den 23. Februar
(Mitteilung von der Sächs. Landeswetterstelle zu Dresden.)
Seitliche aufrichtende Winde aus Richtungen von Süden, vorwiegend schwache Bewölkung, nach langer Nacht am Tage mäßiger Frost, höchstens unbeträchtliche Niederschläge.

* Daten für den 23. Januar 1931. Sonnenaufgang 7.51 Uhr. Sonnenuntergang 16.38 Uhr. Mondaufgang 9.54 Uhr. Monduntergang 21.39 Uhr.

1806: Der enklische Staatsmann W. Pitt d. J. gest.

(geb. 1759).

1840: Der Chorister Ernst Ubbel in Eisenach gest.

(gest. 1905).

* Unfall bei der Arbeit. Gestern morgen verunglückte der Helfer Heinrich aus Röderau vom C. G. Gröba bei Arbeiten an der Hochspannungleitung am Mühlweg in Gröba. Der Bedienungsmitarbeiter erlitt schwere Verbrennungen am linken Oberarm und an beiden Händen und mußte ins Riesaer Krankenhaus geschafft werden.

* Geschäftsjubiläum. Heute, am 22. Januar, vollendeten sich 25 Jahre, daß Herr Schlossermeister Paul Pfeifer die Goethestraße 23 befindliche Bau- und Kunstschofferei von dem vormaligen Besitzer Herrn Julius Neuffer hat im Laufe der Jahre seine Schlosserwerkstatt erweitert, so daß er in der Lage ist, allen Anforderungen seines Handwerks gerecht zu werden. Durch Umfrage und Regelmäßigkeit ist es ihm vergönnt gewesen, seinen Betrieb auch in den Zeiten schwieriger wirtschaftlicher Notlage, die unseren Handwerkstand besonders schwer trifft, aufrechtzuerhalten. Wir nehmen gern Gelegenheit, dem geschätzten Handwerkmeister-Jubilar hiermit die besten Wünsche darzubringen. Möge er sich auch in den künftigen Jahren einer geistlichen Weiterentwicklung seines Betriebes erfreuen können.

* Aus der Sitzung der Kirchengemeindevertretung vom 19. 1. 31. In diesem Jahre haben die Bischöfen zur Kirchengemeindevertretung stattgefunden. Es scheiden als Vertreter aus Riesa aus: Frau Direktor Freiherr und die Herren Rechtsanwalt Ehrlinger, Posthalter Gräb, Privatbeamter Große, Stadtbaudirektor i. R. Müller, Stadtrat Röhrborn, Oberlehrer i. R. Scheffler, Lehrer Schneider; außerdem ist der Sohn des verstorbenen Herrn Heyn zu besuchen. Für Poppig scheidet aus Herr Bürgermeister Kluge. Sie sind wieder wählbar, bis auf Frau Direktor Ehrlinger und Herrn Oberlehrer Scheffler, die beide eine Wiederwahl abgelehnt haben. Für die Wahl wurde Sonntag, der 13. März, 10.30–12.30 Uhr, in der Trinitatiskirche bestimmt. Zum Eintrag in die Wählerliste werden Anmeldungen mit Formular noch bis 14. Februar angenommen. Dann wird sie geschlossen und 14 Tage zur Einsicht ausgeliegt. Von den verstorbenen Cheleuten August und Amalie Schneider, früher in Riesa, sind der Kirche testamentarisch 3000 Mark vermacht worden, zur Pflege ihres Erbbegräbnisses und für andere kirchliche Zwecke. Das Testament stammt aus Kriegszeiten. Die Aufwertung ergibt aber voraussichtlich soviel, daß der Grabpflegezweck erreicht werden wird. Die Kirchengemeindevertretung beschloß, die Stiftung mit den Stiftungsbedingungen anzunehmen. Außer der Richtigpredigung der kirchlichen Rechnungen auf 1929/30 wurde noch eine Anzahl kleiner Beratungspunkte erledigt.

* Der Turnverein Riesa (DT) e. V. veranstaltet, wie auch aus einer Anzeige in der vorliegenden Tagesblatt-Ausgabe ersichtlich ist, am Sonnabend, 31. Jan. 1931, im Saale des Hotels zum Stern sein diesjähriges Wintervergnügen, bestehend aus Konzert, Theater und Ball.

* Das Bühnenturnen der Oberreal-Schule am gestrigen Mittwoch im Stern hatte sich eines ansehnlichen Beifanges seitens der Eltern und der Freunde und Schüler der Anzahl zu erfreuen. Der Leiter des Abends, Herr Stadtrat A. Linke, wies in kurzen einleitenden Worten auf die bedeutsamen Handlungen hin, die das Schülertum in den letzten Jahren durchgeführt hat. Die neuzeitlichen Leibesübungen seien durchaus natürlich und wollten dem Bewegungsbefreiung der Jugend entgegenkommen. Davor seien die harren Formen verschwunden; in allem sei Leben. So seien Jugendlust und Jugendstreide die Grundgedanken, denen Kraft und Gewandtheit wertvolle Helfer sein müßten bei der Arbeit an der Erziehung zum ganzen Menschen. Und nun tummelten sich in knapp dreißigjähriger vorauslosiger Folge 15 verschiedene Abteilungen (Klassen) auf der Bühne, angefangen von den Scherz- und Spielformen der Kleinsten bis zu den Kraftleistungen und dem Kunstturnen der Altesten. Da sah man Bodenrollen, Sachköpfen, Seilspringen, da wurden Schwedelanten, Bänke, Box, Förd, Rosten und Barron aufgestellt und in immer neuen Formen mühevlos überwunden. Bald kamen neuzeitliche Freilüfungen (Nörperiode), Lauf- und Hüpfübungen der Mädchen, dann wieder Medizinball- und später Angelgymnastik, die bewies, daß Kraft und Schönheit sehr wohl zueinander passen und gehören können. Der Schluß brachte den Höhepunkt des Abends. Im Anschluß an die Vorführungen der OI trat eine aus Schülern der drei Oberklassen zusammengestellte Musikkapelle an, deren gute Leistungen im Kunstdturnen am Hochbarren außerordentlich lobhaften Beifall fanden. Die darauf folgenden bunten Tänze der Schülertinnen wirkten schon äußerlich durch die bunte Kleidung recht gut und wurden auch wegen ihrer vorzüglichen Ausführung durch starken Beifall belohnt. Mit einem fröhlichen „Auf Wiedersehen“ verabschiedeten die bunten Schmetterlinge. – Die starke und ausferklame Anteilnahme aller Bevölkerungskreise an dieser Veranstaltung dürften der Befettung der Oberreal-Schule, deren Lehrerchaft mit dem Rektor, Herrn Oberstudiendirektor Dr. Streit an der Spitze, wohl vollständig erfreut haben, bewiesen und gezeigt haben, daß die Elternschaft den ihr gestalteten Eindruck in die Arbeit an der körperlichen und seelischen Erziehung ihrer Kinder dankbar begrüßt und die Überzeugung gewonnen hat, daß die Leibesübungen von heute einen wertvollen Teil der Gesamterziehung bilden.

* Politischer tumult in Weida bet. Die Zeitung des Ortsvereins Riesa des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold bittet uns, unter Bezugnahme auf unseren gestrigen Bericht, bekanntzugeben, daß der in dem Bericht enthaltene Satz, daß Reichsbannerleute, Kommunisten und Gleisbeamte die Großenhainer Vorgänge scheinbar zu willkommener Gelegenheit, sich an ihren politischen Gegnern zu rächen, betrachteten, auf die Mitgliedschaft des Ortsvereins Riesa nicht zutrifft. Ferner seien vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold abends gegen 7 Uhr keine Kolonnen oder geschlossene Marschkörper unterwegs gewesen. Die Organisation sei jederzeit bereit, politische Meinungsverschiedenheiten nur auf rechtmäßigen Wege auseinanderzusetzen. Dies durfte durch die verschiedenartigsten Beweise zu erkannt sein. Am letzten „Weidaer Turm“ seien Mitglieder der Organisation nicht beteiligt gewesen. – Wir bemerken hierzu, daß in unserem Bericht allgemein von politischen Gegnern, die einige vor den Versammlungsplätzen polierte Nationalsozialisten angegriffen haben, die Rede ist. Zur Sache selbst ist festgestellt worden, daß auch Reichsbannerleute, wenn auch nicht äußerlich als solche | folgen zu können.

fremdlich mit anwesend waren. Ob diese sich an dem tatsächlichen Zwischenfall beteiligt haben, konnten wir nicht feststellen und haben es auch nicht behauptet.

* Erweiterung der Rentenfürsorge. Durch die Tagesblätter wurde mehrfach die Notiz gebracht, daß am Ende März 1931 Aussteuerungen aus der Rentenfürsorge nicht mehr stattfinden und daß infolgedessen die Wohlfahrtsaufgabe der Gemeinden bis dahin nicht weiter befahrt würde. Diese Nachricht ist in dieser Form nicht zutreffend. Der Reichswirtschaftsminister hat durch Erlass vom 10. Januar lediglich angeordnet, daß bis Ende März die Unterstützungsduauer in der Rentenfürsorge die gleiche bleibt, wie bisher: erst von Anfang April ab soll die Unterstützungsduauer wesentlich eingeschränkt werden. Die Folge dieser Anordnung ist, daß die Ende März die Gemeinden weitere Belastungen durch die Fürsorge für die ausgesteuerten Überbrüder zu erwarten haben, wenn auch in etwas abgeschwächtem Umfang. Die Zahl der Wohlfahrtsaufgabenlosen in den deutschen Gemeinden wird auch in den nächsten Wochen und Monaten in dem bisherigen Tempo, das wären etwa 50 000 Wohlfahrtsaufgabenlosen monatlich mehr, ansteigen.

* Ausbildung und Fortbildung von Werkseinfektoren. In der Landesbeobachtungsschule Dresden werden Ausbildung- und Fortbildungskurse abgehalten. Anmeldungen sind an die Statistische Landeskarte für öffentliche Gesundheitspflege, Dresden-L. 24, Reichstraße 1a, zu richten.

* Die Beamtenbesüge werden nicht weiter verkürzt. Unter Bezugnahme auf die Erfahrungen des Reichsfinanzministers wird von zukünftigen Siedlungen ausdrücklich nochmals betont, daß die Gerüchte von einer weiteren Verkürzung der Beamtenbesüge auf 10 Prozent nicht zutreffend sind.

* Der Schiedspruch für die sächsische Weißhochglaskunstindustrie verbindlich. Am Dienstag hatten in Berlin Nachverhandlungen über den im Rahmen der sächsischen Weißhochglaskunstindustrie organisierten Schiedspruch, bei einer Sessung der Röhne um ungefähr 5 Prozent vorsicht, stattgefunden. Der Reichsarbeitsminister hat inzwischen den Schiedspruch für verbindlich erklärt.

* Akademische Woche. Das Evangelisch-lutherische Landesförschungsinstitut veranstaltet auch in diesem Jahre unmittelbar nach den Osterferien eine „Akademische Woche“. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Notlage wird nur ein öffentlicher Abend abgehalten. Landesbischof Dr. Ihmels wird Mittwoch, den 8. April, im Großmündungsgebiet die Predigt halten.

* Freizeit für erwerbstlose junge Arbeiterinnen. Vom 15. Februar bis 1. März veranstaltet der Landesverband Evangelischer Arbeiterinnenverbände i. S. e. V. eine Erwerbslosenfreizeit mit hauswirtschaftlichem Unterricht für junge erwerbstlose Arbeiterinnen von 16–20 Jahren im Erholungshaus Moritzburg.

* Antrag auf Auflösung des Landtags. Wie der Union-Tischlendienst erfuhr, wird die nationalsozialistische Landtagsfraktion einen Antrag auf Auflösung des sächsischen Landtages einbringen.

* Ein nationalsozialistischer Antrag. Die nationalsozialistische Fraktion hat im Landtag einen Antrag eingebracht, das Buch „Im Westen nichts Neues“ von Remarque aus allen Schulbüchereien zu entfernen und die Anschaffung von Büchern zu untersagen, deren Inhalt eine Herabwürdigung der alten Armee und eine Fälschung der deutschen Geschichte darstelle.

* Dahlen. Weitere Ausbreitung der Maul- und Klauenpest. Die in der Amtsbaupräsidentschaft Oschatz grässernde Maul- und Klauenpest verbreitet sich immer mehr. Nachdem etwa vier Gehöfte von der Seuche heimgesucht wurden, werden heute zwei weitere Gehöfte, und zwar das Rittergut Hof und das Bestandum des Bürgermeisters Mößbisch in Unterhauen 1, gesperrt. Viehmärkte finden im bislangen Bezirk seit zwei Monaten nicht mehr statt.

* Rothenburg. Das Präsidium des Rothenburger Stadtverordneten-Kollegiums im Jahre 1931 bildet nur Sozialdemokraten. Es sieht sich in folgender Weise zusammen: Stadtverordnetenvorsteher: Schöbe (Soz.), 1. Stadtvorsteher: Juncker (Soz.), 2. Stadtvorsteher: Bippisch (Soz.), 1. Schriftsführer: Andreas (Soz.), 2. Schriftsführer: Paula (Soz.).

* Meissen. Blutige Zusammenstöße in Broitzwitz. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei hielt Dienstag abend im Rathaus zu Broitzwitz eine Versammlung, an der auch uniformierte Abteilungen der Ortsgruppen Dresden und Meißen teilnahmen. Bis zum Einmarsch der Uniformierten wurde der Saal geschlossen gehalten. Es hatte sich daher eine ansehnliche Menschenmenge vor dem Versammlungsortlokal eingefunden. Als die SA-Leute die Freigabe des Eingangs zum Saal verlangten, kam es zu einer Schlägerei, bei der es über achtzig Verletzte gab. Einer von diesen mußte mit erheblichen Stichwunden dem Krankenhaus in Meißen zugeführt werden. Das alarmierte Feuerwehrkommando räumte darauf die Straße vor dem Rathaus. Die Versammlung nahm ab dann einen ruhigen Verlauf.

* Meißen. Feuer in einer Fabrik. Am Dienstagabend in der 11. Etage in einer Fabrik. Um Dienstagabend in der 11. Etage entstand im Hintergebäude der Maschinenfabrik Schindler & Grünewald in der dort untergebrachten Tischlerei ein Brand. Die Feuerwehr bekämpfte das Feuer mit einer Motorwippe und befreite bald die Gefahr. Vermischtes bzw. beschädigte wurden Höser, Möbel und Maschinenteile. Der Schaden blieb durch Versicherung gedeckt sein.

* Dresden. Um den Spielplatz des Schauspielhauses. Ein Gründen der Stadtverordneten an den Rat, bei der Stadtbauverwaltung auf Verbesserung des Spielplatzes des Schauspielhauses hingemeldet, ist dem Verwaltungskollegium der Stadtbauverwaltung vorgelegt und von diesem der Stadtbauverwaltung als Material überwiesen worden.

* Dresden. Politische Schlägerei. In einer nationalsozialistischen Versammlung im Deutschen Haus auf der Großenhainer Straße, die sehr stark auch von politischen Gegnern besucht war, kam es gekennzeichnet an einer Schlägerei, dabei Schellen eingeworfen und Bleigläser zertrümmert wurden. Eine fünf Personen wurden verletzt; sie konnten sich in ihre Wohnungen begeben. Der genaue Ursprung zu dem Zwischenfall ist noch nicht einwandfrei geklärt. Nachdem wieder Ruhe eingetreten war, wurde die Versammlung fortgesetzt.

* Dresden. Vorfall auf der Straße. Am Mittwoch nach 11 Uhr wurde auf der Chemnitzer Straße ein junger Arbeitssuchender beim Verlassen eines Grundstücks von einem Personenzugwagen erfaßt und zu Boden gerissen. Der junge Mann mußte mit erheblichen Verletzungen in eine Klinik gebracht werden.

* Dresden. Ausländerin als Ladendiebin. Die lettische Staatsangehörige Charlotte Jürgens hält sie seit 1920 ohne gültiges Papier in Deutschland auf. Sie ist wegen Warenhausdiebstahl wiederholt vorbestraft und neuerdings wurden ihr wieder zwei Ladendiebstähle im Kaufhaus Tietz und bei Westow und Waldschmidt zur Last gelegt. Obwohl die Angeklagte in beiden Fällen auf frischer Tat erwischt wurde, leugnet sie坚然地. Das Amtsgericht Dresden erkannte wegen Rückbildung und Unvergleichbarkeit auf ein Jahr zwei Monate Gefängnis sowie Abschaffung der bürgerlichen Ehrenrechte auf zwei Jahre. Die Untersuchungsbehörde wurde bei dem Vermögen der Angeklagten nicht in Berechnung gebracht, da sogar ihr Anwalt bekannte, seiner Mandantin auf das Gebiet ihrer Augen nicht folgen zu können.

* Freiberg. Sozialistische Brandstiftung. - Wegen gemeinschaftlicher Brandstiftung hatten sich vor dem Schmiedgericht der 22. Januar alle Landwirtschaftlichen Arbeiter Böhmer und der gleichaltrige Bauarbeiter Peter, die beide lange Jahre in der Gräfenhainerer Anzahl untergebracht waren und sie von dorthin kennen, zu verantworten. Sie hatten am 11. November v. J. gemeinsam vorläufig eine Scheune in Gräfenhainer bei Rabenau in Brand gelegt, wodurch ein Sachschaden von über 20 000 RM entstanden war. Das Arrest lautete auf 14 Jahre Haftstrafe.

* Pirna. Wohlhabendes Mutterhaus. - Wohlhabendes Mutterhaus. Wie verlautet kommt die von den Mütterwerken für die laufende Woche geplant gewesene Leistungserfolge vorläufig nicht zur Durchführung. Es soll erst nach der Eröffnung der gegenwärtig zwischen der Vermaltung der Werke und den Arbeitsbeschaffungsorganisationen schwedenden Verhandlungen abgewartet werden. Man hofft, daß eine Stellungnahme erfolgt.

* Radeberg. Aufgelöste Geschäftseinrichtung. In letzter Zeit waren in Radeberg mehrere Geschäftseinrichtungen für die laufende Woche geplant gewesene Leistungserfolge vorläufig nicht zur Durchführung. Es soll erst nach der um den arbeitslosen Kraftwagenführer Fritz Müller, den arbeitslosen Arbeiter Ernst Lukas und den Schmiedeschüler Hermann Baum aus.

* Kamenz. Brandstiftung aus Rache. In der Nacht zum Dienstag brannte im benachbarten Strahdgraben das Atelier des Wirtschaftsbüros Richard Raum, bestehend aus Wohnhaus, Scheune und Stallungen, vollständig nieder. Es tauchte sofort die Vermutung auf, daß Brandstiftung ist. Am Dienstag früh wurde auf der Eisenbahnhalle Kamenz-Sensenberg in der Nähe der Station Strahdgraben ein bei Raum beschäftigter gewesener 17jähriger Wirtschaftsbürologe, der sich vom Osterzuge hat überfahren lassen, als Zeuge aufgefunden. Die Ermittlungen ergaben, daß der junge Raum sich mehrere Dienststunden auszuholen kommen ließ und Beleidigung zu begegnen hatte. Aus Rache gegen seinen Dienstherrn hat er das Feuer vorläufig angelegt und darauf Selbstmord verübt.

* Bautzen. Die Justizvinneret arbeitet weiter. Der Rat zum Dienstag brachte im benachbarten Strahdgraben das Atelier des Wirtschaftsbüros Richard Raum, bestehend aus Wohnhaus, Scheune und Stallungen, vollständig nieder. Es tauchte sofort die Vermutung auf, daß Brandstiftung ist. Am Dienstag früh wurde auf der Eisenbahnhalle Kamenz-Sensenberg in der Nähe der Station Strahdgraben ein bei Raum beschäftigter gewesener 17jähriger Wirtschaftsbürologe, der sich vom Osterzuge hat überfahren lassen, als Zeuge aufgefunden. Die Ermittlungen ergaben, daß der junge Raum sich mehrere Dienststunden auszuholen kommen ließ und Beleidigung zu begegnen hatte. Aus Rache gegen seinen Dienstherrn hat er das Feuer vorläufig angelegt und darauf Selbstmord verübt.

* Bautzen. Die Justizvinneret arbeitet weiter. Der Rat zum Dienstag brachte im benachbarten Strahdgraben das Atelier des Wirtschaftsbüros Richard Raum, bestehend aus Wohnhaus, Scheune und Stallungen, vollständig nieder. Es tauchte sofort die Vermutung auf, daß Brandstiftung ist. Am Dienstag früh wurde auf der Eisenbahnhalle Kamenz-Sensenberg in der Nähe der Station Strahdgraben ein bei Raum beschäftigter gewesener 17jähriger Wirtschaftsbürologe, der sich vom Osterzuge hat überfahren lassen, als Zeuge aufgefunden. Die Ermittlungen ergaben, daß der junge Raum sich mehrere Dienststunden auszuholen kommen ließ und Beleidigung zu begegnen hatte. Aus Rache gegen seinen Dienstherrn hat er das Feuer vorläufig angelegt und darauf Selbstmord verübt.

* Grimma. Drei Personen gasvergast aufgefunden. Am Mittwoch vormittag wurden in einem Hause am Markt ein Ehepaar und eine Person als Untermieterin wohnende Lehrerin gasvergast aufgefunden. Es war aufgefallen, daß am Morgen weder der Laden, noch die Haushälterin geöffnet worden waren, und daß sich die Lehrerin nicht in der Schule hatte sehen lassen. Die Haushälterin wurde aufgebrochen. Man fand das Ehepaar, bewußtlos in den Bettstufen liegend, während die Lehrerin nahebar war, die Belebung zu verlieren. Mit dem Gasapparat konnte man die Lehrerin wieder ins Leben zurückrufen. Um die Ursache des Unglücks festzustellen, wurden die Gasrohre untersucht, jedoch in Ordnung befunden. Wahrscheinlich war aber unter dem Laden ein Gasstock gebrochen, denn der Laden war stark mit Gasgeruch erfüllt. Das Gas war jedenfalls durch die Decke in die Wohnung hindurchgebrungen.

* Leipzig. Ein teures Rückschen! Rechtes Reich hatte neulich ein Kaufmann, der mit einer ganz ansehnlichen Summe Geldes „beschäftigt“, sich von mir aus über Leipzig auf den Weg nach Hamburg gemacht hatte, um dort Waren einzukaufen. Das Geld hatte er, in Papier und ein weites Taschentuch schön eingewickelt, in einem Hosentaschen versteckt. Unterwegs, zwischen Wilkau und Werda, hatte den unternehmungslustigen Herrn ein Unwohlsein befallen, und er war dabei eingeschlafen. Als bei der Ankunft auf dem Leipzigischen Hauptbahnhof das wertvolle Gepäck „ausgelöscht“ werden sollte, war es nicht mehr da. Kein Zweifel: Während der Eigenfahrt in Morpheus Armen lag, hatte sich ein Unbefugter des Rückschenks „angenommen“, ohne vielleicht zu ahnen, welch' guten Griff er damit getan hatte. Offensichtlich sind die verschwundenen 12 000 Mark nicht alles Geld gewesen, daß der so jäh aus den Wolken Gefallene bei sich hatte, denn sonst wäre seine Lage noch beidermärker gewesen, und höchstlich gelingt es bald, den Dieb zu fassen, bevor er das viele Geld ganz vertrieben hat, auf dessen Wiedererlangung der Besitzer eine Belohnung von 1200 RM. aufgelegt hat.

* Leipzig. Ein Dachstuhl vollständig ausgebrannt. Zu einem Großfeuer wurde am Mittwoch fehl, gegen 5.45 Uhr, die Feuerwehr nach dem Grundstück Brüder 47 gerufen, wo im Hof, Mittelgebäude, der Dachstuhl auf noch ungeliebte Weise in Brand geraten war. Als die Wehr mit drei Feuerlöschern einging, sah der ganze Dachstuhl bereits in hellen Flammen. Der Dachstuhl ist völlig ausgebrannt und mußte zum großen Teil abgetragen werden. Auf dem Dachboden befand sich zur Zeit nur altes Gerümpel, so daß nur geringer Sachschaden angerichtet wurde. Dagegen starb durch das Feuer das unter dem Dachboden befindliche Fellgerüst der Firma Witzel Wittner erheblich gefilzt haben. Die Untersuchung der Brandursache hat die Kriminalpolizei unternommen.

* Waldheim. Beichensund in der Bischopau. Der seit Anfang Dezember v. J. aus dem Beichensund Technik verlassene Walter Kleinert ist auf Bischopau flur in der Bischopau liegen tot aufgefunden worden. Da die Beiche der 18. Bericht und Stielstiel verdeckt war, nimmt man an, daß Kleinert einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist.

* Chemnitz. Gemeinhause aus dem Leben lösen. Die beiden Freunde wurden gasvergast aufgefunden. Während bei der Frau die Wiederbelebungsversuche Erfolg hatten, war bei dem Mann der Tod bereits eingetreten. Der Grund zur Tat liegt in geschäftlichen Sorgen sowie in Krankheit des Chemnitzer.

* Chemnitz. Zu den Geschäftsschwierigkeiten der Turnvereinigung. Zu den Meldungen, daß über das Vermögen der Kreis Turnvereinigung Chemnitz zur Abwendung des Konkurses ein Vergleichsverfahren eingeleitet werden soll, teilte der Vorsitzende der Vereinigung mit, daß diese lediglich ein Mortuatorium anstrebe und daß den Verplützungen von mehr als 600 000 Mark Aktiven in Höhe von 728 000 Mark gegenüberstehen. Diese betreffen in der Hauptstrophe aus Sogenannten.

* Chemnitz. Aus der Badewanne. Wie erinnerlich, war am 22. Juni v. J. im Flussbad Altenmarkt eine Holzbrücke zusammengebrochen, wobei eine große Anzahl Ver-

sonen ins Waller Räumen und mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Der Sohn der Stadt Chemnitz beschloss in seiner letzten Sitzung, entstelle den zusammengebrochenen Brüder eine Betonbrücke bauen zu lassen und bewilligte hierfür aus Haushaltswiamondgängen Mitteln 15 000 Mr.

Neu steht i. G. Gesamtgüte. Hier fand man den Fabrikanten Edam Stenner in keiner Haberl gesetztes ist auf. Es stand noch einen Betrieb, auf dem er sich von seinen Arbeitern verabschiedet. Der Grund des Selbstmordes ist unbekannt.

Wetzen. Nachdem erst dieser Tage Herr Walter Stötter auf Domherrenplatz seine letzten acht Nächte erlegt hatte, brachte gestern Herr Oberbürgermeister in Hotel auf dem Platz der Langen Straße einen 18. Durch die Straße. Da stand um Wetzen so überaus reich an Geschäften, besonders die Domherrenhäuser waren, was zur Ausstellung einer Menge von Hallen geführt hat.

Planen. Getrennt und Selbstmordversuch. Heute steht gegen 8 Uhr hat der 65 Jahre alte Erbherr Godwin Stöckel seine 69 Jahre alte Ehefrau verm. Obwohl sie schon mit einem Jagdunfall erkrankt und dann die Waffe gegen sie selbst gerichtet. Der Domherrenherr trug eine schwere Schuhverletzung an der linken Gesäßhälfte davon und liegt in sehr bedenklichem Zustand darunter. Höchster Rettungskommandeur dürfte den Ruf nach der durchdringenden Tat gegeben haben. Möglicherweise spielen auch Rücksichtnahmen in der Familie in die Tat mit hinein. Frau Stöckel war mit dem Töter seit 1915 in zweiter Ehe verheiratet.

* * * Siebenwerder. Eine "Vogt"-Geschichte. Der frühere Landrat des Kreises Siebenwerder, Vogt, war im Februar 1927 wegen Untreue im Amt rechtzeitig zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Seine Finanzgeschäfte, die er in Gemeinschaft mit dem Sparkassendirektor Merres getätigt hatte, haben dem Kreis bekanntlich einen runden Verlust von 1,5 Millionen Mark eingebrochen. Die Gefängnisstrafe brauchte der geworfenen Bandit allerdings nicht abzuspielen, vielmehr erhielt er im Dezember 1928 auf zwei Jahre Bewährungsstrafe. Inzwischen nahm das nach seines Verurteilung eingeleitete Disziplinarverfahren seinen Fortgang. Nach mehr als dreijähriger Dauer erging das Urteil auf Dienstentlassung. Vogt legte aber Berufung beim Staatsministerium als der letzten Instanz im Disziplinarverfahren für nichtrichterliche Beamtin ein. Über diese Verurteilung ist noch nicht entschieden. Nach einer amtlichen Ausskunft, die das "Siebenwerder Kreisblatt" veröffentlicht, seien zur Berufungsverhandlung Voten verschiedener Ministerien notwendig. Einzelne dieser Voten liegen bereits vor, so dass "damit zu rechnen" sei, dass "in den nächsten Monaten" die Entscheidung des preußischen Staatsministeriums ergehen werde. Vogt besteht also nun bereits ins sechste Jahr hinein Vorwiegend für seine fünftägige Tätigkeit (von 1920 bis 1925). Auch das Verfahren gegen den Sparkassendirektor Merres, der rechtsträchtig mit vier Monaten Gefängnis bestraft und im Disziplinarverfahren erster Instanz zur Dienstentlassung verurteilt ist, kann vom Oberverwaltungsgericht als Berufungsinstanz erst erledigt werden, wenn das Disziplinarverfahren gegen Vogt vollständig abgeschlossen ist. Bis dahin ist aber Merres — mit halbem Gehalt — noch wie vor Sparkassendirektor, obwohl er seit 1925 seines Amtes enthoben ist, und die Sparkasse ist solange nicht in der Lage, einen neuen sachmännischen Leiter zu bestellen.

Torgau. Eine stillle Gebensteier. Zur Erinnerung an die Aufführung der ersten deutschen Oper "Daphne", die ihre Uraufführung in Torgau am 1. April 1827 erlebte, wurde im Treppensitur des fest zu Gerichtsgeraden ver-

wendeten Schlosses Gartensfeld eine Erinnerungsstiele angebracht. Die Oper wurde aus Malak der Operette berichtet des Kurfürsten, Sophie von Sachsen mit Herzog II. von Sachsen-Darmstadt ausgeführt.

Dölitz u. Großfeuer in Görlitz. Durch ein Großfeuer, das heute früh ausbrach, sind die Reinhold-Werke in Görlitz fast zerstört worden. Die Fabrik brannte bis auf ein Gebäude fast vollständig nieder. 300 Arbeiter sind brüderlich gemordet, weil es unmöglich ist, den Betrieb fortzuführen. Die Brandfläche ist unbekannt.

Gera. Der abgewiesene Greter. Ein Abwolatursbeamter in Gera hatte durch zwei Jahre mit der 20 Jahre alten Tochter eines Pfarrers verheiratet. Die Ehe konnte bisher aus mangelnden Gründen nicht geschlossen werden. Nun erwähnt der Pfarrermeister einen Hauptzettel der Kassenlotterie, der ihm mit einem Betrag von 200 000 Kronen bezahlt wurde. Die Tochter war nun auf einmal eine gute Partie geworden. Als der Abwolatursbeamte am letzten Sonntag um die Hand der Tochter anhielt, wies ihn der Vater mit der Motivierung ab, daß er nun keine Tochter besser verheißen könne. Der abgewiesene Brautwerber lagte auf einer Angel in den Kopf und war auf der Stelle tot.

Aus dem Kirchenkreis Großenhain.

Am 28. Dezember 1928 hielt Pfarrer Hölzl in Strieben seine Abschiedsrede, um nach 40jähriger Amtstätigkeit in den Ruhestand zu treten. Das Landeskonsistorium verlieh ihm eine Anerkennungsurkunde. Die beiden Kirchengemeinden Strieben und Stolpe werden als Schwestergemeinden unter einem Pfarrer vereinigt werden. Der erste gemeinsame Pfarrer wird Pfarrer Stöhr in Stolpe sein. An Stelle Pfarrer Hölzls wurde Pfarrer Bischöfle, Großenhain vom Landeskonsistorium mit der Stellvertretung des Superintendenten beauftragt. Pfarrer Bödau in Naumburg wurde zum Pfarrer von Niederbörnsdorf bei Freiberg gewählt und wird Ende Januar dorthin übersiedeln. Die Pfarrstelle Naumburg-Steinbach wird wieder besetzt.

Der Krebs und seine Bekämpfung

bildete das Thema eines Vortrages, den Dienstagabend im "Sachsenhof" zu Großenhain Herr Dr. Gebhard vom Deutschen Hygiene-Museum im Auftrage des Bezirkshilfsgesamtheit der Amtshauptmannschaft Großenhain hielt. Diese der Verbreitung von Aufklärung über die verhindernde Vollstärkung dienende Veranstaltung hätte bestens Besuch verdient, als nur einen halbgefüllten Saal, zumal der Vortragende in durchaus klaren, allgemeinverständlichen Darlegungen den Komplex zu behandeln verstand. Der Arzt betonte, daß er nicht gekommen sei, um etwas angänglich zu machen vor einer Krebsgefahr, aber jeder müsse sich beobachten und bei Verdachtsmomenten schnellstens einen Arzt aussuchen, nur er kann entscheiden, ob Krebs vorliegt. Die Tatsache, daß der Verlauf der Krankheit im allgemeinen ziemlich lange schmerlos sei, trage Schuld an dem vielleicht unbewußten Hinsehen einer Krebsbehaftung und nur so könnte man wohl die große Verhinderung erklären, die der Arzt anrichtet.

88 265 Personen sind im Jahre 1928 an Krebs gestorben, darunter überwiegend Frauen, gegenüber 51 870 Opfern an Schwindsucht im gleichen Jahre. Der Krebs ist eine wuchernde Geschwulst oder Neubildung im Geisteszustand der

verschiedenen betallten Organe, die mit fortwährendem schnellen Wachstum die sterben. Neben nicht alle Krebsarten, s. B. Warzen, Leberleide, Grünscheit, und Krebs.

Man unterscheidet hauptsächlich Brust- und Gebärmutterkrebs, von dem vorwiegend Frauen betallen werden, während der Lippenkrebs, der fast nur die Unterlippe erschlägt, am häufigsten bei Männern vorkommt (durch Rauchen von Zigaretten). Magen- und Darmkrebs sind wohl die am meisten verbreiteten Arten dieser Krankheit und betreffen Mann und Frau gleichermaßen. Hier spielt das Geschlecht und das genetische Verhältnis eine Rolle. Ein Abwolatursbeamter in Gera durch die Frau einer der Ursachen des Krebses. Schließlich ist noch der Ovarialkrebs zu nennen, der fast ausschließlich gutartige Warzen (Warzen, Leberleide usw.) durch mechanische Reize oder durch dauernde Einwirkung von Ruß, Teer oder Asche, sowie durch den schädigenden fortgesetzten Einfluss von Alkohol entstehen kann. Im allgemeinen sind viele chronische Reizungen der betroffenen Organe als Ursache der Erkrankung zu bezeichnen, wenn man auch der leichten Entstehungsursache noch nicht auf den Grund gekommen ist. Eine Übertragnungs- und Anhebungsgefahr gibt es jedenfalls nicht, wohingegen eine gewisse Krebsbereitschaft von Personen durch Generationenübertragung nachgewiesen zu sein scheint. Besonders ist es, daß hauptsächlich die höheren Lebensalter von Krebs heimgesucht bzw. tödlich betroffen werden und zwar nach Statistik im Jahre 1928 24 698 im 80. bis 89. Lebensjahr und 20 806 im 60. bis 79. Lebensjahr, während zum Beispiel die Tuberkulose ihre Opfer überwiegend schon unter den Personen bis zum 30. Lebensjahr holt. Besonders schlimm wirkt der Gebärmutterkrebs unter den Frauen (allein hieran sterben 20 000 Frauen jährlich) und wiederum ist es das Säubern, zum Arzt zu gehen, das hier viele, viele vor dem Tode retten könnte, wenn ein rechtzeitiges Erkennen der Krankheit und Eingreifen ermöglicht würde. Häufigere Blutungen während der Wechseljahre und das Auftreten von Blutungen nach den Wechseljahren sind vor allem als Anzeichen der Gefahr zu beachten. Die Krankheit ist heilbar, und zwar um so leichter, je früher sie erkannt wird. Aber nur der erfahrene Arzt kann entscheiden, ob zunächst überhaupt Krebs vorliegt (durch mikroskopische Untersuchung) und ob durch Operation oder Bestrahlung (mit X-Strahlen oder Radium) die Heilung herbeizuführen ist. Die Anwendung von Medikamenten oder Salben im Innern oder außen hat erfahrungsgemäß eine Heilung nicht gebracht. Man habe keine Angst vor Operationen, die oftmal vor dem tödlichen Verlauf einer Krebskrankung bewahrt haben. Im übrigen aber ermahnte der Redner, seinen Körper durch eine natürliche Lebens- und Ernährungsweise, Betrieb geregelter Leibesübungen, Pflege des menschlichen Körpers widerstandsfähig gegen Krebsentzündung zu machen und zu erhalten. Eine große Zahl Röntgenstatistischer Art und die verschiedenen Krankheitserscheinungen des Krebses darstellend, unterstützte den mit Beifall aufgenommenen Vortrag des Herrn Dr. Gebhard.

Herr Bezirkssamtmann Kunert vom Bezirkshilfsgesamtheit sprach noch im besonderen dem Redner den Dank für seine Aufklärungsarbeit aus.

11 Tage in einem schottischen Bergwerk.

Glasgow. (Funkspurk.) Bei einer Explosion in den Bergwerk Buchengras (Gesellschaft Banach) wurden fünf Arbeiter getötet, sechs Arbeiter erlitten an den 11 entzündenden Gasen.

most Rationalisierung

ist seit Jahren das Schlagwort im Munde aller, die sich mit Wirtschaftsfragen mit mehr oder weniger Erfolg und Kenntnis beschäftigen. Immer schrieb und sprach man nur von der Rationalisierung der Produktion. Hier ist bei gut geleiteten Fabriken nichts mehr zu verbilligen. Nie und nirgends geschah aber etwas — außer vielleicht in der Theorie, die immer grau blieb! — zu dem mindestens ebenso wichtigen Problem der

Rationalisierung der Verteilung

Diese ist die Ursache für unsere billigen Preise, über die sich die Überraschung bis heute noch nicht gelegt hat. Durch unsere Verbilligung der Verkaufsmethoden kann heute auch der kleine Geldbeutel sich beste Schokoladen leisten für den gleichen Betrag, für den er bisher höchstens Durchschnittsware erhielt. Wir werden Ihnen offen erzählen, wie diese Preise zustande kommen konnten, ohne — das hat jeder Käufer inswischen gemerkt! — unsere gute Most-Qualität auch nur im geringsten zu verschlechtern.

Unsere Preise:

Edeimokka-Schokolade	100g 40 Pf. bisher 100g 60 Pf.
Vollnuß-Schokolade	100g 40 Pf. bisher 100g 60 Pf.
Kakao-Eigenart	125g 30 Pf. bisher 125g 50 Pf.
Simba-Kakao	125g 25 Pf. bisher 125g 40 Pf.
Mokketten, die beliebten gefüllten Mokketten	120g 50 Pf. bisher 125g 80 Pf.
Weinbrandkirschen	170g 100 Pf. bisher 125g 100 Pf.
Preis von Wiesbaden, sehr feine Pralinenmischung im Cellophanbeutel	125g 100 Pf. bisher 125g 150 Pf.

Unsere Waren sind erhältlich:
RIESA, HAUPTSTRASSE 32.

MOST

KAKAO- U. SCHOKOLADENFABRIKEN, HALLE (SAALE) :: GEGRUNDET 1859

GROßE INVENTUR-AUSVERKAUF

• Solche Preise gibt's nur einmal im Jahr! •

Einige Beispiele:

Kinder-Sweater Kammgarn platt alle Größen	95
Büstenhalter guter Linon, mit Spitze	58
Strumpf-Gürtel Drell oder Damast 4 Halter	58
Bemberg-Strümpfe moderne Farben, gute Qualität	145
Taschentücher weiß und mit Kante, teilweise mit kleinen Fehlern	5

Ein Posten Moderne Kleiderstoffe	Tweed, Flamenga usw. Meter 98, 58	38
Wachstuch , herl. Must. 100 cm 1.95	145	95
85 cm		
Kaffee-Decke schartfarbig, Zefir, 100/100		
Ein Posten Konfirmations-Kleider	schwarz und weiß, zum Aussuchen	495
Ein Posten Moderne Seidenstoffe	Marocco, Satin riche usw., glatt und bedruckt	195
Hafersöckchen reine Wolle m. farb. Kts. 95	68	125
	Handschuhe f. Damen u. Herren , ganz gefüllt. 1.45	

Einige Beispiele:	
Damen-Kleider schön gemustert, Trikot Größe 42 bis 46	395
Büstenhalter La Charmeuse	95
Strumpf-Gürtel La Damast, breite Form, mit Gummiteil, 4 Halter	160
Wochenend-Hemd mit Kragen und Binder Indanthren, Flanell 4.95	395
Wischtücher solide Qualität	8
	15, 12

Tropowitz
RIESA Das Kaufhaus für Alle RIESA

Turnverein Riesa e. V.

Sonntags, den 21. Januar 1931,
abends 8 Uhr, im großen Stern-Saal
Wintervergnügen
bestehend in Konzert, Theater und Ball.
Alle Turnbrüder und -Schwestern nebst werten Angehörigen werden hierzu herzlich eingeladen.
Gäste durch Mitglieder eingeladen, willkommen.
Eintritt für Mitglieder RM. 0.50.



Theater Kronprinz Riesa

Freitag abend 8.15 Uhr:
Es fiel ein Reif in der Frühlingsnacht.
Debütat in 5 Akten.
Sonntag abend:
— Rasper der lustige Lumpensammler. —
Debütat in 4 Akten.
Sonntag abend:
— Räuberhauptmann Schinderhannes. —
Debütat in 5 Akten.
Sonntag nachm. 8 Uhr Familienvorstellung:
Hänsel, Gretel und die Knusperhexe.
Märchen in 4 Akten.
Sonntags und Sonntag zum Nachspiel Auftritt der kleinen Hänsel.
Um gütige Unterstützung bitten.
Bruno Wünsch, Max Dreyhau.

Achtung!
Gasthof zum Schwan, Merzdorf
Am Sonnabend, den 24. 1. 31 ab 7 Uhr
öffentlicher Ball.

Längst vorstapete Wiener!

Jeder 20ke Besucher erhält eine kleine Wein.

Um gütigen Aufspruch bitten J. Hindenfels u. Frau. Um güt. Aufspruch bitten Arthur Händel u. Frau.

Restaurant „Zur Erholung“ Ründeriß.

Morgen Freitag großer

Nacht-Schlachtfest.

Ab 8 Uhr Wellfleisch, später alle

übrigen Schlachterteile. Gleich-

zeitig gekocht bis 21. Jan. „Sonia“

die grösste Dame der Welt bei mir.

Um güt. Aufspruch bitten Arthur Händel u. Frau.

Achtung! gilt!

Wiederverkäufer!

Verkaufe
10er- und 25er Packung
an alten Preisen
solange Vorrat reicht.

Alle Raucher

die noch vorteilhaft ein-
taufen wollen, geben ins
Sigarettenhaus von

Paul Friedrich
Goethestraße 15.
Ab 26. 1. gibt es
Indischer-Zigarren.

Möbel

sowie Polstermöbel
ganze
Wohnungsseinrichtungen
neu und gebraucht
billig und gut, nur im
Möbelhaus Messe
Riesa, Kaiserstraße 18.
— Lieferung frei Haus. —

Zur Hochzeit

allen Gefest u. Feiern,
festigt Reden,
Redakte, Weisheit usw.
jedekens an
Heim-Verlag, Rudolfzell
boden-Bodenice.

3—4000 RM.
per sof. geg. gute Sicherh.
auf 1 Jahr gel. Off. u. Z 461
an das Zaunblatt Riesa.

Die Zeitungsreklame
— wirkt sicher! —

Empfehlung:
Speisenzimmer | solid
Schlafzimmer | schön
Küchen | billig
Joh. Enderlein, Riesa
Wiederlager, 2. Haustein-
gang Schubb. Wiederholb.

Wollen Sie gut und preiswert kaufen, so besuchen Sie meinen

Juventur-

Ausverkauf

wo Sie Qualitätswaren zu fabelhaft billigen Preisen finden.

Strumpfhaus

Franz Börner.

Eine kleine Anzeige ist besser als keine Anzeige

MGV. „Arion“ Riesa.

Bei unserem Sonnabend, den 24. Januar 1931

im Hotel „Wettiner Hof“ stattfindenden

27. Stiftungsfeste

werden die Mitglieder und deren Angehörigen

nochmals freundlich eingeladen.

Gäste d. Mitglieder eingeladen Herzl. willkommen.

Umfang 7.80 Uhr. Der Gesamtvorstand.

Gasthof Drei Lilien, Glaubitz.

Sonntag, den 25. Januar, findet ein

Konzert- u. Ball-Abend

statt.

Eintritt 50 Pf.

Umf. güt. Aufspr. bitte die Schiefläne und der Wirt.

1 Posten Fahrrad-Mäntel

2.80 verkauft ab Dienstag, solange Vorrat reicht

L. Winkler, Hauptstr. 59.

Mein Inventur-Ausverkauf geht weiter!

Viele meiner Kunden
haben diese günstige

Kaufgelegenheit ausgenutzt und mir bestätigt, daß ich dieses Mal ganz gewaltige Vorteile biete. Also nutzen auch Sie die Zeit, mehr als bei dieser Gelegenheit können Sie nicht sparen.

Bekleidungshaus

Franz Heinze.

Biersteuer und Getränkesteuer im Rechtsausschuss des Landtages.

Dresden. Die von der Regierung unter dem 24. September 1930 erlassenen Notverordnungen umfassen u. a. die Gemeindebiersteuer und die Getränkesteuer auf Grund der Reichsverordnung vom 26. 7. 1930. Der Staatsausschuss hatte seine Beratungen über die ländliche Notverordnung abgeschlossen und dem Landtag unter dem 20. Nov. 1930 schriftlichen Bericht vorgelegt. Zu einer Abstimmung im Plenum des Landtags kam es hierüber jedoch nicht, weil die Regierung unter dem 12. Dezember 1930 eine Gesetzesvorlage zur anderweitigen Regelung dieser Materie dem Landtag unterbreitete, welche nachdem die Reichsregierung durch ihre große wirtschaftl. und finanzpolitische Verordnung vom 1. Dezember gewisse Änderungen auch in bezug auf die Steuerertrag vorlegte.

Am Mittwoch hat der Staatsausschuss nach dem Bericht seines Vorsitzenden Abg. Dr. Bünger (DVP) diese Vorlage beraten, deren § 1 die ländliche Notverordnung über die Gemeindebiersteuer, Biersteuer und Getränkesteuer unter Kraft legt. Es wird aber bestimmt, daß die durch die Notverordnung getroffene Gemeindebiersteuer nur noch bis 31. März 1931 erhoben werden soll und in welcher Weise das Steueraufkommen zwischen den Gemeinden und Bezirksverbänden zu verteilen ist. Vom 1. April 1931 ab werden die erwähnten Steuern nach den erschöpfenden Bestimmungen der Reichsverordnung getreut. Eine Schwierigkeit ergibt sich dadurch, daß hernach das Steueraufkommen lediglich den Gemeinden anfällt, während jetzt die Bezirkverbände daran teilhaben.

Innenminister Richter führte hierzu aus, daß es gelten werde, die Bezirkverbände durch Erhöhung des Bezirksteils bei der demokratischen Regelung des Landesfinanzausgleichs schadlos zu halten. Angriffen gegenüber erklärte der Minister, daß die Genehmigung zur Erhebung der Getränkesteuer in der Stadt Dresden erfolgt sei im Zusammenhang mit ungewöhnlichen Lasten aus der Wohlfahrtsversicherungsfürsorge.

Es kann angenommen werden, daß die Reichsregierung von den Gemeinden eine vollständige Ausübung aller Steuermöglichkeiten erwartet, bevor sie für besondere notleidende Gemeinden Beihilfen in Erwägung zieht. Dem Ausdruck lag gleichzeitig ein kommunistischer Antrag vor, der der Regierung jede Genehmigung zur Erhebung der Getränkesteuer verweigert und bereits erteilte Genehmigungen aufheben, sowie erhobene Steuern zurückzustatten will.

Abg. Tögel (DN) nahm klare Stellung gegen die Gemeindelämmer, die er als vollständig überflüssiges Institut bezeichnete und stellte folgenden Antrag: 1. Entschließt von kommunalen Selbstverwaltungskörpern, welche Getränke-Steuer-Ortsgefeie aufzugeben, nicht zu widerstreichen; 2. Abstimmungen zu Getränkesteuerverordnungen nicht mehr zu erstellen, sofern sie nicht durch die kommunalen Geldstewaltungsbüros selbst beschlossen werden.

Über die Anträge der Deutschnationalen und Kommunisten wurden die Abstimmungen angesetzt, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Bei der Abstimmung über die Vorlage Nr. 17 ergab sich einstimmige Annahme des § 1, der die ländliche Notverordnung unter Kraft setzt. Gegen jene Paragraphen, die die Erhebung der Gemeindebiersteuer bis zum 31. März 1931 regeln, stimmten als Widerstand die Kommunisten, die Wirtschaftspartei und die Nationalsozialisten.

Einstimmig angenommen wurde jene Bestimmung des Gesetzes, wonach entgeltlich oder unentgeltlich abgegebener Haushalt an Angeklagte und Arbeitnehmer der Parteien von der Gemeindebiersteuer häufig befreit ist.

Der Ausschuss trat hernach in die Beratung einer Regierungsvorlage über die Notverordnung betr. Änderung des Wohlfahrtsfleißgesetzes und des Gesetzes über die Verwaltungsspitze ein.

Abg. Güttler (SPD) erstattete hierauf den Bericht. Durch diese neue Notverordnung soll die Kostenersättigung leitens des Landesfürsorgeverbandes an die Bezirkfürsorge für (im wesentlichen) Landkreise nicht mehr in jedem Einzelfalle, sondern durch eine Haushaltsumme erfolgen. Das würde zu einer bedeutenden Verwaltungsvereinfachung und zu Ersparnissen im Geschäftswesen führen und übertrieb die Fürsorgeverbände auf eigene Verantwortung stellen. SPD. und Nationalsozialisten lehnten die Notverordnung ab.

Die Sozialdemokraten trugen Bedenken wegen angeblich zu geringer Höhe der Haushaltsumme.

Die Regierung stellte in Aussicht, hinsichtlich des letzten Punktes zunächst noch einmal im Gesamtministerium zu verhandeln. Auf diesem Grunde wurde die Beratung auf den nächsten Mittwoch vertagt.

Die ländlichen Wirtschaftsparteien drohen

Dresden. In einer in Berlin stattgehabten Vorstellung der Wirtschaftspartei wurden besonders die Differenzen zwischen der Berliner und der ländlichen Parteileitung eingehend besprochen und zum Ausdruck gebracht, daß diese Meinungsverschiedenheiten nicht erheblicher Natur seien und spätestens auf dem Ende April stattfindenden Parteitag der Wirtschaftspartei beigelegt werden könnten. Mehrheitliche Meinungsverschiedenheiten bestünden zwischen der Berliner Parteileitung und anderen Landesverbänden nicht. Außerdem gab der Vorstand der Ansicht Ausdruck, daß das Vorgehen der ländlichen Wahlkreise mit den Statuten der Partei nicht vereinbar sei. — Wie der "Sächsische Kurier", das Organ der ländlichen Wirtschaftspartei, hierzu meldet, haben an der Vorstandswahlbildung ländliche Vertreter nicht teilgenommen. Die Sächsische Wirtschaftspartei sei, als sie die Beziehungen zur Reichsparteileitung abbrach, nicht aus der Partei ausgeschieden. Anders kann die Sache stehen können, wenn eine Änderung in der Leitung der Partei nicht eintrete. Wenn der Parteivorstand in Berlin glaube, daß das Vorgehen der ländlichen Wahlkreise mit den Statuten nicht vereinbar sei, so verweise er eben den "Ablehnung der Beschlüsse" mit dem "Austritt aus der Partei". Die ländliche Parteileitung möchte sich erneut mit der Angelegenheit beschäftigen.

Metallindustrie-Schiedsgericht verbindlich

Dresden. Im Rahmen der ländlichen Metallindustrie ist der Schiedsgericht vom 29. Dezember 1930 vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Keine Reichsaufsicht zur Leipziger Welle

Leipzig. Wie aus Berlin gemeldet wird, hat der Haushaltsausschuss des Reichstags in seiner Mittwoch-Sitzung sämtliche Anträge auf Aufsicht für die Leipziger Welle abgelehnt.

Abendstaltung des Reichs-Haushaltsausschusses gesprengt

Von Berlin. In einer zweiten Sitzung am Mittwoch nachmittag begann der Haushaltsausschuss die

Vorberatung des Hitler-Gesetzes.

Abg. Dr. Bell (SPD) erbat Auskunft über folgende Fragen:

1. Die Presseberichterstattung über schwabende Prozeßlage den Wunsch habe, auf eine möglichst gleichmäßige Regelung in allen Ländern einzutreten. Dem beseitigten Interesse der Öffentlichkeit an rechtzeitiger und sachlicher Aufklärung in Strafsachen werde zweckmäßig dadurch gedient, daß in den zur Veröffentlichung geeigneten Fällen von den amtlichen Stellen die Presse über den Verlauf des Verfahrens unterrichtet, dagegen eine der Sachlage und den Zwecken der Untersuchung widersprechende Berichterstattung verhindert werde;

2. wollte er wissen, welches Ergebnis die Verhandlungen über die gleichmäßige Vorbildung der Juristen hatten;

3. welche Stellung zur Freizüglichkeit der Anwälte eingenommen werde; und

4. welchen Erfolg die internationalen Beratungen über den Urheberrecht verliefen.

Staatssekretär Doel erwiderete, die Presseberichterstattung über große Prozeß sei ein Schwerpunkt der Justizbehörde. In der Berichterstattung über Sensationsprozeß seien immer wieder Wirkstände hervorgehoben. Der Verlust, amtliche Prozeßberichte herauszugeben, habe sich als unwirtschaftlich und fehlbar erwiesen. Im ganzen handle es sich hauptsächlich um eine Frage der Selbststeuerung der Presse. Die internationalen Verhandlungen über das Urheberrecht hätten bisher nichts geändert. Es bestehe bei uns der ernste Wunsch, im Urheberrecht zu völiger Einheit mit Deutschland zu gelangen.

Während der nun folgenden Rede des Abg. Dr. Rosenfeld (SPD) begann eine hitzige Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten, die mit dem Ausschluß der Ausländer-Sitzung endete.

Als Dr. Rosenfeld in scharfer Kritik der reichsgerichtlichen Rechtsprechung zum Hochverrat auch davon sprach, daß das Reichsgericht „dem Hochverräte Hitler das große

Wort verstatte“ zielten die Nationalsozialisten: „Das wird Ihnen teuer zu stehen kommen.“

Nachdem dann Staatssekretär Doel kurz die Angabe Dr. Rosenfelds auf die Überreichsmautlast als unbegründet zurückgewiesen hatte, erklärte Abg. Schwarz (Nat.-Soz.), die Bekleidung Hitlers durch Rosenfeld könne seine Freunde nicht berühren, weil sie den Ansicht seien, „daß ein marxistischer Jude in Deutschland überhaupt nicht das Recht hat, mitzureden“. Erstere Sätze bei den Sozialdemokraten waren die Folge. Als der Nationalsozialist weiter aufführte die Sozialdemokratie habe „bannisch planmäßig Jahrtausende Hochverrat getrieben“, rief Abg. Graumann (Soz.): „Gibt es denn keinen Vorlesenden? Gedenkt Berleburg!“ Wenn über den Eid Hitlers, so meinte der Nationalsozialistische Redner noch, absäßige Bewerbungen gemacht seien, müsse man entsprechen, daß dieser Eid ein deutscher Eid sei und kein Talmud-Eid.

Abg. Bell (Soz.) fragte dann denstellvertretenden Vorsitzenden Reinhardt (Nat.-Soz.) warum er den Abg. Schwarz (Nat.-Soz.) wegen der Bekleidungen nicht zur Ordnung gerufen hätte. Reinhardt erwiderte, diese Bekleidungen seien die Folge der Bekleidungen des Parteiführers Adolf Hitler durch Rosenfeld gewesen. Abg. Landsherr (Soz.): Hitler ist kein Reichstagabgeordneter! Vorsitzender Reinhardt: Wer Hitler bekleidet, bekleidet uns!

Nach weiterer Auseinandersetzung erklärten die Sozialdemokraten, unter diesen Vorlesenden könnten sie nicht mehr mitarbeiten und verließen den Saal. Es gab dann eine längere Geschäftsbordnungs-Diskussion, in deren Verlauf der Vorsitzende Reinhardt (Nat.-Soz.) nachträglich Dr. Rosenfeld und Röhrmann (Soz.) sowie Schwarz (Nat.-Soz.) und Dr. Loewenthal (Komm.) zur Ordnung rief.

Als auch dann die Sozialdemokraten noch nicht in den Saal zurückkehrten, beantragte Abg. Graumann (SPD) Verzögern, was mit den Stimmen der Nat.-Soz., des Volksdienstes, des Landvolks und der Kommunisten abgelehnt wurde.

Darauf verließen die Vertreter der DVP, des Reichstags, der Bayer. VP und WP, den Saal, der Ausschuss war nun beschlußfähig, die Sitzung aufzusprengen.

Schluß der Europa-Konferenz in Genf.

Die Schlüsseleolution

Genf, 22. Januar.

Die zweite Europa-Konferenz hat gestern ihre Arbeiten beendet. Die nächste Tagung findet im Mai statt. Für die Schlüsseleolution hatten die Außenminister von Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Italien einen Vorschlag eingebracht, den Briand der Konferenz mit dem Hinweis vorlegte, es handle sich dabei um ein „Europäisches Manifest“.

Der Vorschlag, der einstimmig angenommen wurde, lautet:

„Wie haben in den letzten Tagen mehrfach die Probleme geprägt und besprochen, die sich unsere Regierungen stellten, und wie sind uns dabei klar geworden, daß eines der Hindernisse für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in dem Mangel an Vertrauen in die Zukunft und in der Unruhe liegen, die über die politische Lage herrscht. Diese Unruhe ist vermehrt worden durch verschiedene von unverantwortlichen Kreisen verbreitete Gerüchte über die Möglichkeit eines Weltkrieges.“

Wie erkennen an, daß augenblicklich in Europa politische Schwierigkeiten bestehen und daß sie noch durch die Unbeständigkeit und die wirtschaftliche Notlage, die sich aus der allgemeinen Krise ergibt, vermehrt worden sind.

Das Beste, was wir zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage tun können, ist, keinen Zweifel an dem Bestand des Friedens in Europa aufkommen zu lassen.

In unserer Eigenschaft als Außenminister oder verantwortliche Vertreter der europäischen Staaten erläutern wir, daß wir mehr denn je entschlossen sind, uns des Mittels des Völkerbundes zu bedienen, um jede Anwendung von Gewalt zu verhindern.“

Nach einem kurzen Dankeswort von Molotow und Henderson an Briand und einen Dank Briands an Henderson erklärte der französische Außenminister die zweite Europäerkonferenz für geschlossen.

Zwei Entschlüsse zur Agrarklage

Da der Schlüsseleolution der Europäischen Konferenz nur fünf Entschlüsse angenommen, in denen die künftigen Arbeiten, die bis Mai durchgeführt werden sollen, festgelegt sind. Die Entschlüsse beziehen sich hauptsächlich auf landwirtschaftliche Themen, die bekanntlich Hauptgegenstand der Konferenz gewesen sind:

1) Die Frage des Abschlusses des sofort verfügbaren Getreideabbauschusses einem Ausschuß zur Prüfung zu überweisen, der aus Vertretern der interessierten Export-

und Importstaaten Zentral- und Südosteuropas zusammengelegt wird. Dieser Ausschuß tritt binnen kurzem zusammen und soll die Mittel prüfen, welche den Abbau der augenblicklich verfügbaren Getreideüberschüsse ermöglichen. Der Ausschuß wird von dem Vorsitzenden der Konferenz, Briand, einberufen. Seine Entschlüsse finden ohne weitere Mitwirkung der Europäischen Konferenz sofort Anwendung.

2) Zur Prüfung der Frage, wie allgemein die künftigen Getreideüberschüsse in Europa abgesetzt werden sollen, sieht die Konferenz ein Expertenkomitee ein, das beauftragt ist, mit Unterstützung der technischen Organe des Völkerbundes und des Internationalen Landwirtschaftsinstitutes in Rom alle zollpolitischen Fragen zu untersuchen, welche zu dauernder Abholzregelung beitragen können. Auch dieser Ausschuß tritt binnen kurzem auf Grund einer Einladung Briands zusammen. Die Beratungsergebnisse werden der Europäischen Konferenz im Mai unterbreitet.

3) Für die Agrarkredite wurde ein Ausschuß, der die finanzielle und juristische Seite des Problems der Agrarkredite studieren soll, gebildet, und zwar in Verbindung mit den Arbeiten des Finanzausschusses des Völkerbundes. Im Mai hofft man so weit zu sein, daß dem Völkerbundsrat ein genaues Ausführungsprogramm mit konkreten Vorschlägen unterbreitet werden kann, das der Völkerbundrat prüfen und sofort in Kraft setzen soll, sofern er einen dahingehenden Beschluss fügt.

4) Die Europäische Konferenz fordert alle Mitglieder auf, die Genfer Handelskonvention vom März 1930 so bald wie möglich in Kraft zu setzen und die auf der zweiten Zollfriedenskonferenz im November vorigen Jahres angeregten zweiseitigen handelspolitischen Verhandlungen aktiv zu betreiben.

5) Die Konferenz fordert den Generalsekretär auf, der Maitagung den Bericht über die Arbeitslosigkeit und ihre schweren Folgen für die europäische Wirtschaft, entsprechend dem Besluß der Völkerbundversammlung vom September vorigen Jahres vorzulegen.

Briand ist zufrieden

Der französische Außenminister Briand empfing nach dem Besluß der Europäischen Konferenz die Vertreter der Welt-Presse. Er erklärte, er sei mit dem Verlauf und dem Ergebnis der Konferenz sehr zufrieden und die Verhandlungen seien in einem herzlichen, ja man möchte sagen, in einem brüderlichen Geiste zwischen den Außenministern geführt worden. Über die künftige Teilnahme der sowjetrussischen Regierung an den Arbeiten der Konferenz befragt, meinte Briand, die sowjetrussische Regierung hätte vielleicht gerade von ihrem besonderen wirtschaftspolitischen Standpunkt aus Anregungen für die Lösung der Krise, in der sich Europa befindet, zu machen. Er befürchtete, daß Russland vorerst nur zu den wirtschaftlichen Arbeiten eingeladen werde und daß über eine Erweiterung dieser Mitarbeit auf anderen Gebieten jeweils die Europäische Konferenz entscheiden müsse.

Briand freut sich auf den Besuch des Kölner Dom von den Wohlhabern des neuen Reichs. Wer heute in Deutschland Erfolg haben will, müsse sich als Fremder ausgeben. Wie seien im eigenen Staate heimatlos geworden. Über das deutsche Volk beginne sich von dem Novembersturm abzulösen. Schon schwanken die Mittelparteien immer mehr und mehr zusammen. Es liege bei uns, ob wir als Sklaven des Hunsplaus verkommen wollen oder nicht. Deutet müsse sich in die nationale Front stellen, auch wenn es unbequem und aufreibend sei. Wir dürfen nicht in der Hoffnung trauen, es werde einmal ein Bismarck kommen. Wie alle müssen vielmehr mithelfen an dem neuen Staat, in dem es keine Partien mehr gibt. Mit einem begeisterten Begeisterung zum dritten Reich, das weder unitarisch noch demokratisch sein wird, sondern ein organischer Staat unter einem Kaiser, schloß der Redner unter stürmischem Beifall.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Gurzich, verlas so dann ein Begrüßungstelegramm an Kaiser Wilhelm.

Eine Rede Everlings vor den Dresdner Deutschnationalen.

Dresden. In der Reichsgründungsfeier der Deutschnationalen Volkspartei Dresden hielt Reichstagsabgeordneter Dr. Everling die Rede. Er erklärte einiges, er wolle nicht davon sprechen, was groß gemeint sei, sondern von dem, was heute klein sei. Der Parlamentarismus, der jetzt durch die Diktatur Brüning sich selbst erlebt, habe mit einer Gemeinde begonnen und mit einer Dämerlichkeit geendet. An Stelle der Reichseinheit habe man den Unitarismus gesetzt. Deutschland werde aber umso unitarischer, je unitarischer es werde. Wie kann ein Volk Osterlandgefühl besitzen, wenn man ihm das Osterlandraubt? Was wir heute neues System nennen, ist nichts anderes als Fremdbesitz auf deutschem Boden. Wiesenseitig sei uns die Verlängerung, die neue Kunst, das Theater, die Literatur. Das heutige Deutschland sei vom

Politische Tagesübersicht.

Das Schäfiverbot-Gesetz in Thüringen angenommen. Der Gesetzesausschuss des Thüringischen Landtages nahm gestern das Schäfiverbotsgesetz in zweiter Lesung an. Dafür stimmten die Nationalsozialisten, der Landbund und der Vertreter der Wirtschaftspartei, der Spinde enthielten sich die Deutsche Volkspartei, die Sozialdemokraten und die Kommunisten, so dass also gegen das Gesetz niemand stimmte.

Von Anlethe ist nicht geredet worden. Gegenüber den Nachrichten in der Presse, daß in dem Sonntagsgebräuch zwischen Briand und Curtius auch die Frage einer Kreditgewährung durch Frankreich an Deutschland angeschnitten worden sei, erfahren wir von unterschiedeter Seite, daß in dieser Unterhaltung lediglich die Gegenstände erwähnt worden sind, die gegenwärtig im Völkerbundsrat zur Debatte stehen, daß aber ein Gespräch über die Kreditfrage zwischen Briand und Curtius nicht stattgefunden hat.

Für ein Gesetz über den Handel mit inländischen Tabaken. Aus Kreisen der Zigarrenindustrie wird die Forderung nach einem Gesetzentwurf für den Handel mit inländischen Tabaken erhoben. Er soll, um den Käufer vor Unrechtmäßigkeit zu schützen, vorschreiben, daß jeder Tabakballen auf den Namen der Ortschaft des darin enthaltenen Tabaks drückt und daß ebenso auch die Sortierung und das Erntejahr angegeben werden.

Senatspräsident Grünher abgewiesen. Mit seiner auch von uns gemeldeten Klage gegen den preußischen Staat ist der Senatspräsident beim Oberverwaltungsgericht Dr. Grünher von der 8. Sitzungssession des Landgerichts I in Berlin festenblättert abgewiesen worden. Der Klage lag die Behauptung Grünhers zugrunde, Artikel 48 der Reichsverfassung erlaube nicht die Anerkennung des den Beamten vor der Gehaltsfürsprung auferlegten Rotoverf., die in der ersten Ratsverordnung erfolgt war.

Kundgebung der Nationalsozialistischen Partei Schwedens. Hitler oder Dr. Goebbels eingeladen? Die Nationalsozialistische Partei Schwedens bereitet, wie eine Stockholmer Zeitung meldet, eine Kundgebung vor. Wie versichert, ist Hitler zu der Kundgebung eingeladen worden. Für den Fall, daß Hitler der Einladung nicht folge leistet, soll Dr. Goebbels Hitler vertreten. Der Tag der Kundgebung ist noch nicht endgültig festgelegt.

Ukrainische Minderheitenbeschwerden beim Völkerbund.

Gef. (Funkspur.) Die Gewalttaten der polnischen Behörden gegen die ukrainische Minderheit, auf die der deutsche Außenminister Dr. Curtius vor dem Rat auch hingewiesen hat, bilden den Gegenstand von nicht weniger als ungefähr 100 Eingaben und sonstigen Beschwerden, die in letzter Zeit im Völkerbundessekretariat eingegangen sind. Unter diesen Eingaben hat das Sekretariat bis jetzt 8 für gründlich erklärt. Diese kommen auf dieser Tagung des Völkerbundsrates nicht mehr zur Behandlung. Man erwartet aber, daß im Mai die ukrainischen Beschwerden einen Hauptpunkt der Tagesordnung bilden werden.

Heute vormittag hat die ukrainische Abg. im polnischen Sejm, Milena Rotnicka, im Völkerbundsrat eine Petition über die bekannten Vorgänge in Preß-Ottowit eingereicht, die sie im Namen der ukrainischen Frauen zum Gegenstand einer Beschwerde macht und im einzelnen darlegt, in welcher Weise auch ukrainische Abgeordnete mißhandelt worden sind.

Unter den Eingaben, die das Sekretariat für zulässig erklärt hat, befindet sich eine der Senatoren des ukrainischen Clubs im polnischen Sejm. Sie befaßt sich mit den Vorfällen, die sich im Zusammenhang mit der sogenannten Auftriebsförderung in den Woiwodschaften Lemberg, Stanislaus und Tarnopol im September, Oktober u. November vorangegangenen Jahres ereignet haben. In einem außerordentlich umfangreichen Material, das etwa 100 Schreibmaschinenseiten umfaßt, wird nachgewiesen, mit welch grausamen Mitteln in den einzelnen Bezirken die Aktion durchgeführt wurde. Die Petition verlangt eine genaue Untersuchung, Strafverfolgung der Schuldigen sowie Wiedergutmachung der Bevölkerung zugelängten materiellen und moralischen Schaden.

Unter den Eingaben, die vom Sekretariat für unzulässig erklärt worden sind, befindet sich auch die Eingabe einer großen Anzahl englischer Parlamentarier, die seinerseits die Auflösungsfähigkeit der britischen Regierung auf diese Vorfälle gelenkt haben.

Vorbereitung der Obitulle.

Wien. Am Mittwochvormittag fand eine Besprechung unter dem Meissner Rott, die mit der Obitulle zu tun haben. Die Besprechung stand unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning und es nahmen ferner daran teil die Reichsminister Trebitsch, Schiele, v. Guérard und Dr. Wirth, sowie in Vertretung der preußischen Regierung der Wohlfahrtsminister Dr. Hirschler, Staatssekretär Pöhl und Staatssekretär Weismann und außerdem der Direktor des Reichsbank und der Generaldirektor der Reichsbahn. Die Besprechung diente in erster Linie der Erörterung über die Ostkreise des Reichskanzlers, die dabei gemachten Erklärungen, die Wünsche, die während der Reise aus den Kreisen der Bevölkerung an den Reichskanzler herangetragen sind und die Möglichkeiten, die von den beteiligten Kreisen vorgeschlagen sind, um die Obitulle auszudehnen und zu erweitern. Diese Besprechung traf die Vorbereitungen für die am Mittwoch nachmittag angesehene Sitzung des Reichskabinetts.

Polnischer Unterstufungsausschub für Okzidentale abgelehnt.

Warschau. Im Verwaltungsausschub des Sejm kam es gestern zu einer Abstimmung über den ukrainischen Antrag wegen der sogenannten Besiedlung Ostgalizien. Der ukrainische Abgeordnete Chulaczewski erklärte, in den noch polnischen Landstrichen befriedete Dörfern habe man unschuldige Bauern massenweise verprügelt. In einigen Fällen seien die Verprügelten sogar ihren Verlebungen erlegen. Der Sozialist Chulaczewski führte aus, in dreizehn Jahren der polnischen Unabhängigkeit sei man mit der Lösung des Nationalitätenproblems in Polen noch nicht vorwärtsgekommen. Die Regierung habe offenbar versessen, daß in Polen fast ein Drittel der Bevölkerung nicht polnisch sei, daß der amlichen Statistik folge die Ukrainer allein 10 Prozent der gesamten Bevölkerung ausmachten. Die gegenüber den Ukrainern eingegangenen Verschreibungen würden nicht erfüllt und man räume ihnen sogar ihren nationalen Namen.

Nach Beendigung der Aussprache wurde der Antrag auf Bildung einer besonderen Untersuchungskommission, die die ukrainischen Vorfälle zu prüfen hätte, vom Regierungsbloc abgelehnt.

Minister Trebitsch über Deutschlands Bauernnot.

Der Minister appelliert dann vor allem an die Selbsthilfe. Alles, daß was und unter Reservationsdruck, Weltwirtschaftskrise, Grenzziehungsschäden, Ausdeutung unseres Landes durch Belagerung und Kriegsschäden von allen Nationen an Wirtschaftslokation wüchsigt ist, gibt dem Staat natürlich nur begrenzte Möglichkeiten seinerlicher Entlastung. Die Selbsthilfe in dem steuerlichen System des letzten Jahrzehnts durfte darüber liegen, daß das Schema über das ganze Reich nicht gestaltet, die natürlichen Bedingungen des wirtschaftlichen Lebens angemessen zu berücksichtigen. Eine ausreichende steuerliche Entlastung kann der Landwirtschaft nur gegeben werden, wenn bei den Bauern angefangen wird. Im Osten erhalten die Erwerbsarbeiter zu eben, sie werden zur Arbeit bezogen, erhalten aber keine dargelöste Unterstützung. Dazu gehört viel Mut, aber vielleicht ist das ein Beispiel für die Reichsregierung, die darauf ausgesteht, unpopulär zu sein, weil der rechte Arzt nie die volle Anerkennung findet. Diese Behandlung gilt aber auch für die städtischen und kommunalen Behörden. Die Reichsregierung ist leider nicht in der Lage, in die steuerliche Belastung der Länder über eine gewisse Maßnahmengesetzung hinaus einzutreten. Gediegene Methode erfordert längere Zeit zum Ausgleich, und so lange auch erst vom 1. April 1922 ab in der Frage des Finanzausgleichs ein gelunder Ausgleich geschaffen werden. Das, was im Reichstag als Vorlage der Reichsregierung hineinkam, ist durch Einspruch verschiedener Länder nicht unerheblich im Maßnahmenvermögen vermindert worden. Jämmerlich dürfen wir nicht abschaffen, praktisch mit dem Umbau des Steuerystems stark zu machen. Was wir dem Kaiser haben müssen, ist eine vollzehntehilfliche Besteuerung, die bei der Nachfrageunterstützung des Heimatlandes nicht mit einem Preis bestellt werden kann. Es wäre daher töricht, wollten wir uns im Bruttostrom erhöhen. Bodenständige Wirtschaft verlangt eine bodenständige konservative Politik und Lebensbetrachtung. Die Einsicht ist auf dem Marke, daß ohne wirkliche Erneuerung der Heimaterde es nicht möglich sein wird, das Feld zu halten.

Der Minister appelliert dann vor allem an die Selbsthilfe. Alles, daß was und unter Reservationsdruck, Weltwirtschaftskrise, Grenzziehungsschäden, Ausdeutung unseres Landes durch Belagerung und Kriegsschäden von allen Nationen an Wirtschaftslokation wüchsigt ist, gibt dem Staat natürlich nur begrenzte Möglichkeiten seinerlicher Entlastung. Die Selbsthilfe in dem steuerlichen System des letzten Jahrzehnts durfte darüber liegen, daß das Schema über das ganze Reich nicht gestaltet, die natürlichen Bedingungen des wirtschaftlichen Lebens angemessen zu berücksichtigen. Eine ausreichende steuerliche Entlastung kann der Landwirtschaft nur gegeben werden, wenn bei den Bauern angefangen wird. Im Osten erhalten die Erwerbsarbeiter zu eben, sie werden zur Arbeit bezogen, erhalten aber keine dargelöste Unterstützung. Dazu gehört viel Mut, aber vielleicht ist das ein Beispiel für die Reichsregierung, die darauf ausgesteht, unpopulär zu sein, weil der rechte Arzt nie die volle Anerkennung findet. Diese Behandlung gilt aber auch für die städtischen und kommunalen Behörden. Die Reichsregierung ist leider nicht in der Lage, in die steuerliche Belastung der Länder über eine gewisse Maßnahmengesetzung hinaus einzutreten. Gediegene Methode erfordert längere Zeit zum Ausgleich, und so lange auch erst vom 1. April 1922 ab in der Frage des Finanzausgleichs ein gelunder Ausgleich geschaffen werden. Das, was im Reichstag als Vorlage der Reichsregierung hineinkam, ist durch Einspruch verschiedener Länder nicht unerheblich im Maßnahmenvermögen vermindert worden. Jämmerlich dürfen wir nicht abschaffen, praktisch mit dem Umbau des Steuerystems stark zu machen. Was wir dem Kaiser haben müssen, ist eine vollzehntehilfliche Besteuerung, die bei der Nachfrageunterstützung des Heimatlandes nicht mit einem Preis bestellt werden kann. Es wäre daher töricht, wollten wir uns im Bruttostrom erhöhen. Bodenständige Wirtschaft verlangt eine bodenständige konservative Politik und Lebensbetrachtung. Die Einsicht ist auf dem Marke, daß ohne wirkliche Erneuerung der Heimaterde es nicht möglich sein wird, das Feld zu halten.

Dr. Brüning kommt nach Chemnitz

Chemnitz. Wie wir erfahren, wird Reichsminister Dr. Brüning am 23. Januar nach Chemnitz kommen, um auf der großen Veranstaltung der örtlichen Industriellen zu sprechen.

Versprechungen des Reichskanzlers.

Berlin. (Funkspur.) Wie wir erfahren, hatte Reichskanzler Dr. Brüning heute mittag eine eingehende Ausdrucks mit dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, dem Abg. Dingeldey. Es handelt sich dabei wohl noch nicht um den eigentlichen Beginn der Versprechungen mit den Partei- und Fraktionsführern, die man vor dem Zusammentritt des Reichstages erwartet, sondern mehr um eine persönliche Auseinandersetzung am die politische Lage. — Außerdem empfing der Reichskanzler den Grafen Kalckreuth als Vertreter der Grünen Front. Man kann gewiß annehmen, daß diese Versprechungen mit den Problemen in Zusammenhang steht, die durch das Projekt einer Ausdehnung der Obitulle auf weitere Gebiete aufgeworfen werden.

Die Beratungen über die Einberufung der Abstimmungskonferenz.

Gef. (Funkspur.) Der Völkerbundsrat hat sich, wie gemeldet, in nichtöffentlicher Sitzung, zu der nur die Mitglieder und ganz wenige Beamte zugelassen waren, mit der Einberufung der Abstimmungskonferenz beschäftigt. Die Beratungen werden heute nachmittag in geheimer Sitzung fortgesetzt. Es hat den Anschein, daß der Rat auf seiner heutigen Tagung den Präsidenten der künftigen Abstimmungskonferenz — es ist mehrfach die Kandidatur des Reichswohlfahrtsministers Benesch genannt worden — nicht ernennen wird. Es besteht vielmehr die Meinung, diese Frage der Entscheidung der Konferenz selbst zu überlassen.

Roedenbeck in Genf eingetroffen.

Gef. (Funkspur.) Der Präsident des Reichsgerichts in Oberschlesien, Roedenbeck, ist in Genf eingetroffen. Man nimmt an, daß seine Anwesenheit in Genf mit der Regelung privatwirtschaftlicher Streitfragen in Oberschlesien, die, wie z. B. der Fall Pleß, den Völkerbund beschäftigen, zusammenhängt.

Erneuter Vorbehalt in der Langenjala-Strafe.

Gef. (Funkspur.) Der deutsche Außenminister Dr. Curtius hat in der öffentlichen Sitzung des Rates heute vormittag nochmals den Vorbehalt der deutschen Regierung zu den bekannten Plänen der britischen Regierung in Langenjala, dem ehemaligen Deutsch-Ostafrika, vorgebracht. Die Mandatskommission batte dem Völkerbundsrat berichtet, daß sie zu diesen Plänen in ihrer letzten Sitzung im November keine Stellung genommen habe, weil eine Entscheidung der britischen Regierung noch nicht vorliege. Dr. Curtius erklärte, wenn er den Bericht der Mandatskommission richtig verstanden habe, so habe diese von einer Stellungnahme abgesehen, weil das Weltbund, das die englische Regierung der Mandatskommission über diese Frage vorgelegt habe, noch nicht die endgültige Entscheidung darstelle. Die Mandatskommission hat im November ausdrücklich festgestellt, daß dieses Weltbund nicht die Entscheidung darstelle, die die britische Regierung gemäß einem Beschluss des Völkerbundsrates vom 8. September 1920 dem Rate mitzuteilen verpflichtet ist. Der erneute Vorbehalt des deutschen Außenministers gegen die britischen Pläne wurde vom Völkerbundsrat zur Kenntnis genommen.

Deutscher Brotest in Warschau wegen der neuen Grenzverlebung.

Berlin. (Funkspur.) Der deutsche Geschäftsträger in Warschau ist angewiesen worden, gegen die Neueröffnung der Grenze durch 20 bewaffnete polnische Soldaten und Kuban Woszki anzuheben. Die bisherigen amtlichen Mittelungen über den Vorfall ergaben, daß am 20. d. W. im Umfeld an eine Uebung einer polnischen Kompanie, die in Kuban in Garnison liegt, 20 polnische Soldaten an die Grenze eingingen, um die Grenze anzugreifen". Dabei überstiegen die Soldaten, die mit Gewehren bewaffnet waren, die Grenze. Auch auf dem Gelände eines polnischen Grenzbeamten führten die Soldaten auf polnisches Gebiet zurück. Die unterrichteten polnischen Kreise hätten sie es für ausgeschlossen, daß die Soldaten verdeckt die Grenze überquert haben. Dies wurde schon durch die Verhandlung widerlegt, daß sie die "Grenze angriffen" wollten. Sie mußten also genau wissen, wo die Grenzlinie verläuft.

London, 22. Januar.

Im Unterhaus blieb gestern die Regierung bei der Abstimmung über einen Antrag zum Schulgeleich mit 33 Stimmen in der Minderheit. Ministerpräsident MacDonald gab bekannt, daß das Kabinett der Angesetztheit keine entscheidende Bedeutung beimisst.

Die Sitzung der englischen Regierung

London, 22. Januar.

Wie zu der Unterhaussitzung, bei der die Regierung mit 33 Stimmen in der Minderheit blieb, noch gemeldet wird, handelt es sich um einen von dem Mitglied der Arbeiterpartei, Scut, eingebrachten Änderungsantrag zur Schulvorlage, die unter anderem bestimmt, daß das schulpflichtige Alter mit 15 Jahren aufhört. Der von der Regierung bekämpfte Änderungsantrag wurde vom Unterhaus mit 282 gegen 249 Stimmen angenommen. Er bestimmt, daß die Schulvorlage nicht in Kraft tritt, bevor nicht der Gesetzeswurf angenommen ist, der für die nichtabonnementierten Schulen diejenigen Summen bereitstellt, die zur Deckung der durch die Vorlage bewirkten erhöhten Ausgaben nötig sind. Außerdem bestimmt der Änderungsantrag, daß die Schulvorlage auf keinen Fall vor dem 1. September 1921 in Kraft tritt. Nichtabonnementierte Schulen sind die katholischen Schulen und diejenigen der Freikirchen.

Nachdem die Regierung mit 33 Stimmen in der Minderheit gescheitert war, forderte die Opposition den Rücktritt der Regierung. Ministerpräsident MacDonald gab darauf, wie bereits kurz gemeldet, bekannt, daß das Kabinett der Angesetztheit keine entscheidende Bedeutung beimisst und flügte hinzu, daß sie den Abänderungsantrag Scut ebenfalls annehmen und das Unterhaus anfordern werde, die Beratung der Vorlage fortzusetzen und diese in der dritten Sitzung anzunehmen. Inzwischen werde die Regierung die Verhandlungen mit den nichtabonnementierten Schulen fortführen, um zu einer Regelung zu gelangen, durch die die infolge der Änderung entstandenen Schwierigkeiten beigelegt würden.

Das Unterhaus nahm jedoch die Schulvorlage in dritter Sitzung mit 256 gegen 236 Stimmen an.

Rücktrittsfrage in England

Überzeugung des Außenministers

London, 22. Januar.

Die Volkspartei zog ihren Vertreter, Außenminister Scut, aus der Regierung wegen der Vergabe der Unterherrschaft an die Kronholm-Mannschaft zurück, zu der auch deutsches Kapital beteiligt ist. Die Volkspartei verlangt für den Londoner Standard Industrial Trust eine Option an die Energiequellen des Landes vor Vergabe dieser Konzession. Man erwartet, daß der Rücktritt der Volkspartei nicht zum Rücktritt des Gesamtministeriums führt; denn auch ohne die Volkspartei verfügt die Regierung im Parlament über 34 Prozent der Stimmen.

Verbindlichkeitserklärung des Schließspruches für die rechtsrheinische Zellstoffindustrie.

Mülheim. (Funkspur.) Der Schließspruch des staatlichen Schiedsgerichts für das bergische Land, der am 30. Dezember 1920 für die rechtsrheinische Zellstoffindustrie gefällt wurde, ist heute vormittag vom Schlichter in Dortmund für verbindlich erklärt worden. — Die Vertreter des Arbeitgeberverbandes haben zugestellt, daß ihr in den Einigungsverhandlungen gemachtes Angebot aufrecht erhalten wird. Nach diesem Angebot soll der Gehalt, nämlich der Betzlöhne der Hilfsarbeiter des Vohnabkommen 2 von 88 auf 94 Pfennig und der Betzlöhne der Hilfsarbeiterinnen des Vohnabkommen 2 von 62,5 auf 69 Pf. gesteigert werden. Alle übrigen Betzlöhne und Abordlöhne des gefallenen Vohnabkommen sollen um die gleiche prozentuale Spanne erhöht werden. Die Familienvielfachen bleiben unverändert. Das Abkommen kann frühestens zum 15. 7. geflüglicht werden. Für die Firma Bemberg werden bis hergegangene eingeleiteten Verhandlungen berücksichtigt fortgesetzt. Damit hätten dann alle Streitfragen in der rechtsrheinischen Zellstoffindustrie ihre Regelung gefunden.

Gerichtssaal.

Zeitungsausschiff im Bild-Prozeß

In dem Chemnitzer Brandstiftungs- und Weineinsatz-Prozeß gegen das Ehepaar Bild kam es bei der Zeugenvorlesung zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen Staatsanwalt Schäfer und dem Verteidiger der Frau Bild, Rechtsanwalt Dr. Weßner. Der Staatsanwalt warf der Angeklagten vor, sie versuche durch Vorbringen neuer Momente die Verhandlung zu verzögern, wie sie es schon in der ersten Verhandlung getan habe. Der Verteidiger erwiderte, die erste Verhandlung sei wegen Krankheit des Vorlesenden abgebrochen worden. Er müsse dem Staatsanwalt das Recht absprechen, der Angeklagten die Verhandlung zu bestimmen. Die Angeklagte war während dieser Auseinandersetzung zum Weinen gekommen und rief dem Staatsanwalt ausgeregt zu. Sie lasse sich ihr Recht nicht nehmen. Man könne sie nicht mehr als einverstanden. Dann verließ Frau Bild den Verhandlungssaal und brach auf dem Korridor zusammen. Der Verteidiger beantragte nunmehr die Untersuchung der Angeklagten auf ihre Verhandlungsfähigkeit. Das Gericht gab dem Antrag Folge.

Eine Kassiererin als Opfer der Weltleidenschaft

Wegen Unterstüzung hatte sich vor dem Gemeinolamen Schäßbergergericht Leipzig die 38jährige Kassiererin Bertha Darmuth zu verantworten. Die Angeklagte war mehrere Jahre bei einer Rauchwarenfabrik in Leipzig-Möckern beschäftigt und hat nach der Anklage im Laufe der Zeit 72 000 RM unterzuschlagen. Sie bestritt die Höhe der Unterstüzung und erklärte "nur" 20 000 RM veruntreut zu haben. Nachgewiesen wurde ihr, daß der größte Teil der veruntreuten Beträge von ihr verwendet wurde. Das Gericht verurteilte die Angeklagte, die ein Opfer ihrer Weltleidenschaft geworden ist, zu einem Jahr Gefängnis.

Tausend will 5 Millionen Mark Schadenersatz vom Staat verlangen.

pds. Berlin. Im Münchener Prozeß gegen den "Goldmacher" Tausend wurde am Mittwoch die Vernehmung des Angeklagten fortgesetzt.

Als der Vorsitzende ihm vorhielt, seine "Goldgutscheine" seien doch nur Papierseiten gewesen, da keine Goldbedeckung vorhanden gewesen sei, entgegnete Tausend mit ironischem Lächeln: "Meine Goldgutscheine waren mindestens soviel wert wie die alten Tausendmarkseiten; dafür hat man ja auch kein Geld mehr bekommen (Heiterkeit im Zuhörerraum). Dann wurden die Geldverhandlungen mit dem R.A. Dr. Buddeley besprochen. Wo seine Arbeitsstätten waren, gab Tausend auch am Mittwoch nicht an. Von einem Fabrikbesitzer Arnold hat er 40 000 Mark bekommen und dafür 20 Kilogramm Gold als Pfand versprochen. Das Pfand kam aber nicht, da das „Material“ umständlich halber angeblich nicht fertiggestellt werden können. Dafür bekam Arnold einen Gutschein. Tausend gab zu, daß er der Münchener Familie Mainbold 800 000 Mark schulde, der er ebenfalls Gutscheine gegeben habe. Die alte Frau Mainbold ist vor Kummer und Gram gestorben, und ihr Sohn ist ihr bald in den Tod gefolgt. Im weiteren Verlauf der Verhandlung machte Tausend den Einwand, daß der Auslieferungsvertrag zwischen Italien und Deutschland in seinem Falle verletzt worden sei, weil es sich um Goldmacher handele, die doch einen politischen Hintergrund habe. Der Vorsitzende stellte demgegenüber fest, daß die nachträgliche Genehmigung der italienischen und österreichischen Regierung eingeholt sei.

In der Mittagspause "verriet" Tausend dem ihm begleitenden Schumann, daß er den Staat wegen anschuldigter existenter Unterstüzungshaft auf einen Schadenersatz von fünf Millionen Mark verklagen werde.

Professor Lautensack, Frankfurt a. M., berichtete über die Verluste Tausends mit einem kniffligen Witz, sowie über die Herstellung von Morphium aus Kochsalz und über ein Reinigungsverfahren. Der Zeuge er-

klärte, daß die Verluste etwas Neues und Bedeutungsvolles wären, wenn sie durchführbar seien. — Zeuge Menhardt, Reiserbar in München, befürchtete, daß er im Januar 1930 mit Tausend durch ein Unserat bekanntgemordet sei, in welchem er Geld angeschossen habe. Tausend habe ihm mehrere Versuche vorgenommen, darunter ein Verfahren, um ein schmales Waschen von Betriebsarbeiten zu ergießen. Tausend habe ihm dann von einem Aufällerfolg erzählt, wobei Gold zutage getreten sei. Der Zeuge habe dann die Verbindung mit General Ludendorff hergestellt, der wiederum Besuch bei Tausend gemacht habe. Als Sachverständiger sei dann der Chemiker Kummer beigezogen worden. Kummer habe berichtet, daß sich bei den ersten Versuchen Gold in etwa Stednadelkopf-Größe zeigte. Bei den Versuchen sei Material verwendet worden, das nicht von Tausend vorbereitet war. Auch in Ludendorffs Villa seien Versuche vorgenommen worden. Ludendorff sei möglicherweise ein zweimal nach Glücksburg gekommen, um sich über den Fortschritt der Verluste zu überzeugen. Man wollte das Verfahren weiter ausbilden, um Goldförderer in Linsengröße herzustellen, sei aber nicht recht weitergekommen. R.A. Buddeley habe auf Vorführungen verzichtet mit dem Hinweis, daß man Tausend, einem Mann mit so wunderbaren Christusaugen, unbedingt vertrauen könne. Nach Ansicht des Zeugen ist Tausend wohl erfunderbegabt, doch hat er nicht die entsprechende technische Ausbildung gehabt.

Die Weiterverhandlung wurde auf heute Donnerstag verlegt.

Vertrag der Mansfeld-U.-G. mit der Reichs- und Staatsregierung

Eisleben. Nach Ablauf der provisorischen Vereinbarung mit der Reichs- und der Preußischen Staatsregierung am 31. Dezember 1930 hatte es die Mansfeld-Berwaltung auf Grund neuer Verhandlungen mit der Reichs- und Staatsregierung übernommen, ihre krisenreduzierenden Betriebe vorläufig weiterzuführen. Vorbehaltlich der Zustimmung der parlamentarischen Instanzen ist nunmehr ein Vertrag mit der Reichs- und Staatsregierung über die Fortsetzung der Hilfsmaßnahmen gestanden gekommen. Dieser Vertrag ist in der Mittwochssitzung des Reichshaushaltsausschusses mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten genehmigt worden.

Nach der Vorlage geben Reich und Preußen je zur Hälfte für die Dauer von zwei Jahren einen Jahreszufluss von zusammen 5,8 Millionen Reichsmark zur Deckung des jetzt bestehenden Jahresverlustes, während der Rest von 1,3 Millionen Reichsmark von der Mansfeld-U.-G. getragen wird. Reich und Preußen gewähren je zur Hälfte einen weiteren Beitrag von 1,4 Millionen RM jährlich für die Verbesserungen und Erneuerungen der Betriebsanlagen. Die Mansfeld-U.-G. übernimmt jeden Ausfall, der durch einen Sinken des Kaufpreises unter 10,50 Eis. je kg eintreten sollte.

Für die Entscheidung der Regierung, den neuen Vertrag abzuschließen, war nach einer den parlamentarischen Instanzen vorgelegten Denkschrift ausschlaggebend das öffentliche und zwar finanzielle, politische und volkswirtschaftliche Interesse an der Aufrechterhaltung des Mansfelder Kupferbergbaus. Die finanziellen Auswirkungen der Stilllegung für die Allgemeinheit auf Grund der Windereinnahmen und Mehrbelastung für die öffentlichen Stellen sind von der Regierung auf jährlich 25 Millionen Reichsmark berechnet worden. Die Arbeitslosigkeit bei einer Stilllegung des Mansfelder Kupferbergbaus würde 12 000 Arbeiter und Angestellte, mit Familienangehörigen mehr als 30 000 Menschen, treffen.

Die Rückzahlung der Zuschüsse hat aus den Gewinnen der Mansfeld-U.-G. vom 1. Januar 1933 ab zu erfolgen, und zwar darunter, daß die Ergebnisse der krisenreduzierenden Betriebe je nach ihrer Höhe mit 50 bis 75 Prozent, mindestens aber 25 Prozent der Gesamtgewinne der Mansfeld-U.-G. herangezogen werden. — Die Reichs- und Staatsregierung wird, wie verlautet, im Aufsichtsrat der Mansfeld-U.-G. durch einen gemeinsamen Delegierten vertreten werden.

"Was haben Sie alte Schäfe sich in meines Vaters Anordnungen zu mischen? Müssen Sie Ihre Rose überall reinlassen?" verachtete Sigurd das Mädchen zu drücken, als sich die Türe des Zimmers hinter ihnen schloß.

Gundula nahm ihn mit verachtungsvollem Blick.

"Steckt da wieder eine Valentin dahinter?"

"Frechheit!" zischte Sigurd. "Dienstbotenfrechheit!"

Gundula zuckte die Achseln. Sie gehörte nicht zu den Leuten, die das leiche Wort behalten müssen.

Willberg las die wenigen Zeilen, die Sieglinde geschrieben. Es war die erste Post von ihr, flüchtig hingeworfene Zeilen vom Studi am Lager des Verlobten aus, gleich nach der Ankunft zu Papier gebracht.

Hindernißlich ließ er den Bogen nieder sinken. Hinderniß über Hinderniß! Die Verleihung Holls war ernster, als Sieglinde gefürchtet. Ein Propellerbruch, durch unerwartet einschlagenden Wirbelsurm — ein Sturz aus beträchtlicher Höhe. Der eine der Insassen auf der Siele tot, ein anderer leicht verletzt — Holl hatte beide Beine gebrochen; man schien innere Verlebungen zu vermuten. Ihr war nichts Bestimmtes gesagt worden. Man sprach hoffnungsvoll. Jedemfalls ein langes Krankenlager.

„Die Hintergerei wird für immer ein Ende haben. Ich bin froh, wenn Holl am Leben bleibt und ein Leben führen kann, das ihm befriedigt. Er wird in das Geschäft seines Vaters eintreten. So eine große Exportfirma, ich das nicht interessant genug! Gewiß wird er sich an den Gedanken gewöhnen. Nicht wahr, ich darf so lange hierbleiben, bis er mit mir nach Hamburg reisen kann — auch wenn es Monate dauert?"

Sigurd schaute die Abendpost. Sie hörte die leichten Worte.

„Will der Sigurd schon wieder kneipen gehen? Herr Professor, wenn ich mir ein Wort erlauben darf, lassen Sie ihn erst mal ausschlafen. Er ist noch im Wochen und was läßt — und denn — so eine übermüdige Gesellschaft zusammen. Wenn das man gut geht?"

Sigurd schaute wütende Blicke.

„Sie tun es alle, Papa."

Der junge Rönenbald zum Beispiel nicht, berichtigte Gundula.

„Ja, der ...“, meinte Sigurd wegwerzend.

Willberg überlegte.

Er hatte sich schon auf den Abend mit Hertha gefreut. Dreie Tage ohne sie! Gewiß, es hatte ihm an nichts gefehlt und den Kindern auch nicht; aber: sie hatte ihm geschafft, ihr Scharm, ihre Schönheit, ihre Süße anmut!

„Lassen Sie ihn laufen, Fräulein Rougemont! Wissen Sie: Wir sind auch mal jung gewesen!"

Der Herr Professor muß es wissen!, wurde fröhlig erwidert. Willberg zwinkerte seinem Jungen verständnisvoll zu. Er sollte das heißen, verstände ihn.

Reichshilfe für die sächsischen Gemeinden?

Dresden. Über eine Hilfsaktion für die unter den Wohlhaberklasen besonders schwer leidenden Gemeinden sind gegenwärtig Beratungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und mehreren Ländern, darunter vor allem auch mit der Sächsischen Regierung, im Gange. Ende der vorherigen Woche waren einige Mitglieder der Sächsischen Regierung in Berlin und haben eine Unterredung mit dem Reichsfinanzminister gehabt. Die Verhandlungen sind zwar noch nicht abgeschlossen, doch hat man, wie aus Berlin gemeldet wird, bisher den Eindruck gewonnen, daß der Reichsfinanzminister für die besondere Notlage der sächsischen Gemeinden weitgehendes Verständnis besitzt und daß infolgedessen die Erwartung auf ein gewiltsches Maß von Entlastungen für die durch die Wohlhaberklasen gefährdeten Gemeinden gerechtfertigt ist. Herauslegung dafür wird allerdings sein, daß die in Betracht kommenden Gemeinden alles getan haben, was sie von sich aus zur Sanierung ihrer Verhältnisse überhaupt unternehmen können. In erster Linie wird hier an die Einführung der Bürgersteuer und die Durchführung einer Kürzung der Beamtengehalter gedacht.

Aus den Nachbarstaaten.

Magdeburg. Durch Beamte der Landeskriminalpolizei und der Landwirtschaft wurde auf dem Grundstück des Landwirts Jacobs in Demden, Kreis Salzwedel, ein verborgen gehaltener Waffen- und Munitionslager entdeckt. Es wurden von der Polizei sichergestellt ein vollständiges schwere Maschinengewehr, mehrere Triebteile zu einem zweiten schweren Maschinengewehr, 3000 Schuß SS-Munition und ein geladenes Militärgewehr, Modell 98. Strafverfahren sind eingeleitet worden. Jacobs gehört dem Stahlhelm an; ein bei ihm tätiger Wirtschaftslehrer ist Nationalsozialist.

Magdeburg. Zappelklandung? Im Verlaufe einer Sitzung des Vereins Magdeburg des Deutschen Luftverbandes wurde mitgeteilt, daß der Verein Verhandlungen wegen der Landung des Aufklärers „Graf Zeppelin“ in Magdeburg führt. Der Verein hofft, daß alle Schwierigkeiten überwunden werden, um der Magdeburger Bevölkerung dieses Ereignis bieten zu können.

Oelsch (Kr. Merseburg). Altes Musikwerk. In der Dunkelkammer der kleinen Kirche wurde ein altes Musikwerk, ein sogenanntes Antiphonarium, aufgefunden. Das Werk hat etwa 400 Jahre in der Dunkelkammer gelegen. Es ist etwa dreiviertel Quadratmeter groß und hat nur vier Tonlinien. Sein Einband besteht aus starkem Schweinsleder. Das Werk enthält dreißig Chorale, deren Texte lateinisch geschrieben sind.

Nordhausen. Schiedsspruch. Für die Berg- und Hüttenwerke im Nordwestharz wurde mit den Stimmen der Arbeitnehmer ein Bohrschiedsspruch gefällt, der eine Kürzung der Schichlhöhe ab 1. Februar um sechs Prozent vorstellt. Ab 1. April tritt eine weitere Kürzung um ein Prozent ein. Diese Regelung kann erstmalig zum 30. Juni 1931 gefündigt werden.

Weferlingen (Kr. Gardelegen). Zur Mordache Schmoof. Die Bandrägerie nahm hier zwei Handwerker fest, in denen man die Mörder des Händlers Schmoof aus Magdeburg vermutet. Die Stendaler Staatsanwaltschaft nahm sofort die Ermittlungen auf.

Lühdorf (Kr. Quedlinburg). Um die Stilllegung der Grube Cecilie. Hier fanden Verhandlungen über die beabsichtigte Stilllegung der Grube Cecilie statt, wobei 267 Arbeiter und 30 Angestellte zur Entlassung kamen. Die Stilllegung ist nach Mitteilung der Verwaltung durch die großen Stapelräte und die Abfahrtshäufigkeiten bedingt. Die Arbeitnehmer wandten sich gegen die beantragte Verkürzung der in der Demobilisierungsvorordnung vorgegebenen Sperrfrist von vier auf eine Woche und beantragten die Einführung der Kurzarbeit und Weiterbeschäftigung der gesamten Belegschaft. Die Entscheidung der Regierung steht noch aus.

Gedanken an seine Frau. Sie — natürlich — würde von ihm gefordert haben: Lebe den Kindern! Er stand auf und trat vor den kleinen Wandspiegel, der düstere und nur für gelegentlichen Gebrauch in einer Ecke hing. Es war noch sein weißes in dem goldenen Blond seines reichen Haars. Er muhte sich gestreden, daß sein regelmäßiges Gesicht — Troy? — vielleicht wegen seiner Durchsetzung sehr gut aussah. Diese hohe Stirn! Die blauen, strahlenden Augen! Er hatte noch nie eine Brille gebraucht. Nein, nein, auch die Pflichten gegen andere hatten ihre Grenzen.

„Ich will!“ dachte er entschlossen. Niemand kann mich überzeugen, daß ein Unrecht dabei ist. Linde wird mich vielleicht doch verstehen. Liebt sie nicht selbst? Und die anderen geht es nichts an.“

Bei der Abendtafel begrüßte er Hertha.

So jung und lieblich war sie ihm noch nie vorgekommen. Sie trat sehr beschissen auf, bestellte Grübe von Sieglinde, die sie richtig an richtigem Ort zu bestimmter Zeit an dem von Holtermann angegebenen Zeilchen gefunden; sie bestellte Empfehlungen von ihrer Tante in Hannover.

Gundula lauschte mit großen Augen, als Willberg von Sieglindes Mitteilungen erzählte.

„Man ein Glück, daß sie ihn noch lebend getroffen!“ entfuhr es ihr.

Willberg sah sie entgegen an.

„Ach — well — ein Schaf mit den Verlebungen — das wird nicht wieder“, wollte sie sich korrigieren und machte die Sache noch ärger.

Willberg zuckte die Achseln.

Seltsam, wie zuvor ihm die Rougemont war, sobald Hertha wieder in dem Kreise weile.

Er war fest entschlossen, mit dem Fräulein von Rottweiler ins reine zu kommen — an dem Abend noch.

„Sie bleiben noch ein Weilchen bei mir?“ fragte er mit vor Erregung leise zitternder Stimme. Seine Blicke glänzten über sie hinweg.

„Wenn der Herr Professor erlaubt — ich bin sehr erschöpft und möchte mich gern gleich zur Ruhe begeben!“

„Es ist allerdings von Wichtigkeit — ein Entschluß...“

„Ohne Fräulein Linde sind ganz wichtige Sachen ja doch nicht zu entscheiden.“

Die Rottweiler ahnte, was der Professor wollte. Ach, noch keine Bindung — der blieb ihr immer!

Vermischtes.

Aus dem D-Bug gestürzt. Auf den Gleisen der Strecke Berlin-Hamburg, etwa 800 Meter hinter dem Bahnhof Rauen, wurde eine Person gefunden, der der Kopf vom Rumpf getrennt war. Die sofort an Ort und Stelle angesetzten Ermittlungen ergaben, daß es sich um den Hörer aus Potsdam handelt. Er war auf der Fahrt nach Wittenberge aus dem D-Bug gestürzt, der um 9 Uhr 23 Rauen passiert. Er hatte sich im Gange des Buses aufgebaut und sich ancheinend an die nicht richtig verschlossene Tür gelehnt.

Großfeuer in Harburg-Wilhelmsburg. Auf dem Fabriksgelände der Gerbstoffwerke B. Günther, Bauer u. Co. in Wilhelmsburg, brach gestern früh Feuer aus, das sich mit rätsiger Schnelligkeit verbreitete. Der Brand wurde durch die gesamten zur Verhüllung stehenden Trümmer der Harburg-Wilhelmsburger Feuerwehr, zwei Löse der Hamburger Feuerwehr sowie durch die freiwillige Feuerwehr Neuhof bekämpft. Bei Eintreffen der Wehrn stand bereits der ganze, etwa 25 mal 30 Meter große zweistöckige hölzerne Fabrikationschuppen in Flammen. Die Löscharbeiten wurden durch auftretende Schwelgase — in dem brennenden Gebäude befand sich u. a. eine Petrolzufuhrleitung — stark behindert. Der Schaden ist beträchtlich, da der Fabrikationschuppen vollständig vernichtet und auch große Mengen Fertigwaren zerstört wurden. Da der Hauptteil der Fabrik von dem Feuer nicht in Mitleidenschaft gezogen wurde, erleidet der Betrieb keine wesentlichen Störungen. Die Brandursache ist noch nicht ermittelt. Gegen 5 Uhr morgens konnte der größte Teil der Feuerwehr wieder abrücken.

Eine Frau auf der Straße verbrannte. In der bayerischen Ortschaft Bachendorf ist die 28-jährige Schuhmacherin Johanna auf gräßliche Weise ums Leben gekommen. Sie hatte, wie die "B. B. am Mittag" berichtet, zum Feueranmachnen Benzin verbraucht. Dabei explodierte die Benzinflasche und die Flammen ergossen sie Frau. Sie eilte unter furchtbarem Geschrei ins Freie und rannte, von Flammen eingehüllt, durch die ganze Ortschaft. Ihr Ehemann ist hinter ihr her und ver-

suchte vergeblich, die Fliehende zu erreichen. Als sie schließlich zusammenbrach, warf er sich über sie, um auf diese Weise die Flammen zu ersticken. Auch andere Bewohner des Dorfes eilten mit Decken herbei. Die Frau war aber inzwischen verbrannt. Der Mann wurde mit schweren Brandwunden in das Krankenhaus gebracht.

Anna Pawlowa in Lebensgefahr. Die bekannte russische Tänzerin Anna Pawlowa ist nach einer Meldung Berliner Blätter aus dem Haag schwer erkrankt. Sie leidet an den Folgen eines Nervenschocks und an schweren influenzartigen Erkrankungen. Am Tage des Mittwoch-Nachmittag ist im Verlaufe der Künstlerin eine neue erhebliche Verschämung eingetreten. Die Kerze brannte für ihr Leben.

2000 Mark Belohnung für Ermittlung des Raubmörders. Der Raubmord an dem 49-jährigen Geschäftsführer des Mercedes-Kino in Berlin-Reinickendorf hat die Berliner Polizei am Mittwoch zwar erheblich beschäftigt, doch war bisher eine Spur des Täters nicht zu finden. Verdacht besteht gegen einen früheren Bühnenarbeiter des Unternehmens und einen ebenfalls früher in dem Theater beschäftigten gewesenen Schauspieler. Der Polizeipräsident hat eine Belohnung von 1000 Mark auf die Ergreifung des Täters bestellt. Angaben, die zu seiner Festnahme führen könnten, ausgelenkt. Eine gleich hohe Belohnung wurde von einem Berliner Blatt angekündigt. Die polizeilichen Untersuchungen beschränken sich auf dem Nachgrundstoff des Mercedes-Palastes sich ein Tagestheater für Erwerbslose befindet, das von vielen hundert Arbeitslosen besucht wird. Der Raubmord im Mercedes-Palast ist das aufsehenerregendste Verbrechen in der an Unfällen gewöhnlichsten Vergangenheit für Berlin. Die Tat ist verübt worden, während im Theaterraum die Bühnencharaktere leichten Vorstellungen lief. Der Mercedes-Palast mit etwa 3000 Sitzplätzen gehört zu den größten Berliner Kinoteatern. Den Tätern dürften etwa 1000 Mark Tageseinnahme in die Hände gefallen sein.

Hohe Buchtausstrafe für Raubüberfall. Ein außerordentlich dreister Raubüberfall, den ein besonders "schwerer Junge", der wiederholt vorbestraft 24-jährige Paul Kunze im Oktober vor Jahren in der

Baudenkmal von Karow bei Berlin ausgeführt hat, stand am Mittwoch seine Sühne. Das Schurgericht des Berliner Landgerichts verurteilte den Täter zu 6 Jahren 7 Monaten Buchtaus und Zulässigkeit der Vollstreckung. Der als gewalttätig bekannte Durche war gefesselt vorgeführt worden. Er hatte damals der Überfallen durch Schläge Verlebungen am Arm, am Rücken und an der Schulter beigebracht. Zu seiner Verteidigung behauptete er, er sei betrunken gewesen und in diesem Zustande wisse er nicht mehr, was er tue.



Neubestellungen

auf daß in allen Schichten der Einwohnerzahl von Niels und Umgegend gern neuerliches Biessau Tagblatt zum Bezug nehmen lieberzeit einzugehen für

Höheren: Frau E. Vogel, Höheren Nr. 79

Glaubitsch: Frau Hesse Nr. 6

Göhde: E. Kühlne, Nr. 57

Gröba: A. Houbold, Streicher Str. 17

· M. Heidenreich, Alleestr. 4

· A. Niedel, Olschaefer Str. 2

Franz Kulte, Kirchstr. 19

Gröbel: R. Weier, Gröbel Nr. 1

Jahnishausen-Böhnen: Frau Trümmler, Riedrich Nr. 21

Kalbig: Frau Müller, Seerhausen Nr. 18d

Langenberg: Otto Schneider, Bädermeister

Pentenrisch bei Niels: Frau Schlegel, Pentenrisch Nr. 17d

Mergendorf: L. Schumann, Boppisch 18

Merzdorf: O. Thiele, Gröba, Olschaefer Str. 19

Moritz: R. Böttcher, Gröbel Nr. 1

Riedrich: Frau Trümmler, Riedrich Nr. 21

Nünchritz: Marie Thranig, Biefendorfer Str. 6

Oelsitz: M. Schwarze, Nr. 41

Poppitz: M. Schwarze, Oelsitz Nr. 41

Praunzig: Frau Trümmler, Riedrich Nr. 21c

Niels: Alle Zeitungsdrucker und zur Vermittlung an

Telefon Nr. 20)

Röderau: M. Schöne, Grundstr. 16

Saggeritz: Frau Hesse, Glaubitsch Nr. 6

Serdanien: Frau Müller, Serdanien Nr. 18d

Weida (Mitz): Dr. Kluge, Lange Str. 115

Heizhain-Dörf: G. Sandholz, Leichtstr. 18

Seelbahn-Dörf: Richard Schönböck Buchhändler



Die Eröffnungssitzung der 62. Böllerbunds-Ratslagung,

die in Genf am 10. Januar stattfand. — In der Mitte: der Präsident der Tagung, der englische Außenminister Henderson (X) — links anschließend der französische Außenminister Briand, der italienische Außenminister Grandi, der deutsche Außenminister Dr. Curtius — rechts anschließend: Generalsekretär Avonol, der japanische Delegierte, der polnische Außenminister Józef.

"Ich bitte Sie!" rief der Professor fast, Gundula. Anwesenheit vergessen.

Oh, die durchschaute das Spiel.

"Und wenn in diesem Augenblick die Linde ihren Bräutigam verliert?" sagte sie dunkel, mit dem Anflug einer Ebbtheit.

"Herr Gott, Sie Unglücksmeinchen!" brauste Willberg los. Gundula stand auf.

"Ich gebe schon. Der Herr Professor muß wissen, was er tut!"

"Ja, ganz gewiß weiß ich das, und ich verbitte mir Ihre Gönningungen!" fuhr er auf.

Sie schloß sich die Tür hinter sich und flüchtete an Baldurs Bett.

"Gott bewahre euch armen Kinder!" dachte sie. Und lieberlich fügte sie hinzu: "Im Rosalle bin ich auch noch da — und ich verlasse euch nicht!"

Willberg bebte vor Empörung.

"Diese — diese — Person!"

Hertha war noch nie Gundula so dankbar gewesen wie eben jetzt.

"Sie ist so — treu!" erinnerte sie mild.

"Der Teufel hole diese anmaßende Person!"

"Herr Professor!", mahnte die Rottweiler, vom Scheitel bis zur Sohle Generalstochter. "Im übrigen: ich stehe zur Verfügung!"

Sie wußte: es war nichts mehr zu befürchten.

"Ich danke! Ein andermal!"

Wit sanft geslotetem. "Gute Nacht — angenehme Ruhe!" verschwand die schöne Hertha. Nein, sie war nicht boshaft. Wie hätte sie das sein sollen? Es war die ihr natürliche Art.

Draußen begegnete sie Gundula. Sie nickte ihr freundlich zu, reichte ihr sogar die Hand.

"Das arme Fräulein Linde! Sie fürchten tatsächlich?" fragte sie.

Gundula schluchzte auf.

"Ich habe es von Anfang an gewußt — und der Ode..."

"Wt!" machte die schöne Hertha und zog sich in die Einsamkeit ihres Zimmers zurück. Sie schloß vorzüglich diese Nacht. So oder so — ihre Zukunft schien ihr gesichert.

Ganz genau wußte Sigurd ja nicht, wie er vergangenen Abend nach Hause gekommen. Er stand sich — durchaus nicht regelrecht entkleid — gegen Morgen auf seinem Bett wieder. Weshalb nur, fragte er sich, schmerzte seine linke Hand so heftig? Woher die Steifheit am ganzen Körper? Nach kurzem, taumeligen Sichbesinnen war er wieder im Bilde. Er erhob sich, legte seine Kleider ab, wusch sich und streckte sich von neuem in die lächelnden Kissen.

Verschleierte Geschichte! In drei Deubels Namen!

Hoffentlich kam nichts weiter danach.

Mit der schönen Gleichmütigkeit, die ihn nur selten verließ, machte er es sich gemütlich und schlief nun erst recht ein, um für viele Stunden nicht wieder zu erwachen.

Aber das Schicksal schlief nicht.

Es wachte und wirkte — in mancherlei Formen und Zwischeninstanzen. Das Resultat seines Wirkens aber war eine seltene Überschrift in dem lokalen Standesblättchen, das dem Professor sowieso nicht ganz grün war: Haustiere zwischen Abiturienten und Neugeregelten. Untertitel: Rädelsführer der Sohn eines Theologieprofessors unserer Universität. Früh trümmert sich, was ein Häschchen werden will.

Wie wahrhaft liebvolles Detailmalerei war hier alles das ausgeführt, an das Sigurd sich nicht mehr so genau hatte erinnern können. Wie ein halbes Dutzend junger Hertchen, reichlich alkoholisiert, gegen Mitternacht singend und grölend durch die Stadt gezogen seien und auf die Veranlassung des Sigurd W. in der Jüdenstraße einer recht zweifelhaften Dame (woher kennt der Sohn des Herrn Professors solche Personen?) eine Rahmenmusik gebracht und den Namen derselben so laut geschrien, daß ihr "Freund", ein blütenblauer Schlächtergeselle, mit seinem "Kollegen", die gegenüber wohnenden, sich der Bedrängten angenommen und auf der Straße erschienen sei. Nach kurzem, aber heftigem Rüdelkampf, in dem der W. — anscheinend total betrunken — das große Wort geführt, hätten die Schlächtergesellen von den Bürschchen ergangen, wen sie hätten lassen können. Die meisten seien zwar rechtzeitig "fließen" gegangen; der W. habe von dem empöriren Liebhaber indessen eine tödliche Tracht gegeben.

Schade um alles, was vorbeigegangen. Hätte der Herr Papa sich früher selbst einmal die Mühe gemacht, brauchten andere das Versäumte nicht nachzuholen. Dem braven Gesellen gehörte untere ganze Sympathie. Leider wird von den Anwohnern der Jüdenstraße noch Anklage wegen nächtlicher Aufheiterung gegen die sauberhafte Burschen erhoben werden. Auch dem Herrn Direktor der Anstalt, der diese reizende Jünglinge ins Leben schickt, wird es nicht erspart bleiben, ein Wort in der Angelegenheit zu reden.

Göttingen hatte seine Sensation.

Sigurd war, noch ehe es Mittag wurde, in jedermann's Munde. Alles war in heller Aufregung und auch wohl voller Schadenfreude. Nur im Hause Willberg herrschte jene schone Abnungslosigkeit, die man als Ruhe vor dem Sturm zu bezeichnen pflegt. Gegen Nachmittag erst, nachdem er Rücksprache mit den Mitgliedern des Kollegiums genommen, machte sich der mit Willberg befreundete Direktor auf den schweren Weg.

"Er wird es von dem Jungen selbst bereits erfahren haben", meinte seine Frau.

"Ah nein — Willberg fiel aus allen Wolken."

"Wo in aller Welt steht denn der Junge?" herrschte er Gundula an, nachdem er die Katastrophe erfahren hatte.

"Ich habe ihn heute überhaupt noch nicht zu Gesicht bekommen!"

Wischen ihm und ihr stand noch das Ereignis vom Abend zuvor. Gundula grüßte dem Professor. Er war geneigt, sie zu verabscheuen. Es lag in der Luft wie ein Gewitter. Nur die Rottweiler war wie immer sanft, liebenswürdig, überlegen, überläufig.

"Balder! Der spielt im Garten!"

"Nein doch — der Große, Sigurd!"

"Der? Der schläßt den Rausch aus, den der Herr Professor ihm erlaubt hat — gestern abend."

Durch die geöffnete Tür hörte der Direktor jedes Wort. Auch Gundula wußte bereits, was geschehen. Sie hielt es für ihr gutes Recht, wenn irgend etwas Besonderes los zu sein schien, ein wenig zu horchen. Daher auch — aus einem kleinen Triumph heraus — stießen ihre Antworten so vahig aus.

"Er soll sofort aufstehen und zu mir kommen!"

Gundula schickte Emma. Sigurd bewann sich langsam: der "Alte" bei dem Vater! "Alle guten Geister loben ihren Meister!" betete er unwillkürlich den Hexenegen. Aber die Wirklichkeit blieb Wirklichkeit! Er bewußte sich noch eine Weile. Na, das Examen war bestanden. Was wollten sie ihm noch viel? Also tan an Geschirr! Wie der Direktor es nur so schnell erfahren hatte? Rett, daß er sich selbst bemühte. So konnte die Sache gewiß vertuscht werden.

Der Direktor fragte ihn kurz und sehr sachlich. Sigurd, blau und verlätert, bot das unangenehme Bild eines Jungen, der seine Direktive zu bestimmen schien, weder äußerte noch innere. Er nannte unbefüllt die Namen der mitbeteiligten Freunde, bewußt, daß er die größte Schuld — ja, die Alleinschuld habe, da er den Vorschlag gemacht, die etelhafte Person, die ihn oftmals belästigt habe, recht gründlich zu ärgern. Er sprach in dem jovial-lässigen Ton des Studenten.

Willberg trat das Blut ins Gesicht — so schämte er sich für seinen Sohn! Ach, auch für sich. Er verkannte nicht sein gerütteltes Maß an Schuld.

"Sie werden das alles vor der Konferenz zu wiederholen haben", sagte der Direktor endlich. "Ich war bereit — und wußte, es zu können, aus Freundschaft für Ihren verehrten Vater, Sie irgendwie zu schonen, zu decken. Ihr Vertragen macht mir das nicht möglich. Ich bin erstaunt, Sie von dieser Seite, die ich nie in Ihnen vermutete, kennenzulernen. Wie konnten Sie sich nur so weit vergessen?"

hat, fand
des Herz-
tauffindet.
t vorgen-
an der
hauptete
be wisse



Wieder
Bezug

er. Sie

17d.

en
et. 59

hren

er
atte.
be-

dom
war
ein
Kauf,

Dro-
ert.
et
loß
müs-
tten

am:
ren
ber
eine
sie
ktor
be-

sich.
bild
ber
nen
sche.
ge-
ligt
inai-

ab.
icht
et-
reit
zen
Ihr
int,
ette,
get-

Neues vom Ton in Bild und Wort.



Reihenfolge hoher Kommandostellen der Reichswehr.
Mit Wirkung vom 1. Februar werden ernannt: Oberst Freiherr von Hammerstein-Equord (links), der Bruder des Chefs der Heeresleitung, bisher Chef des Heeres-Verwaltungsamtes im Reichsverteidigungsministerium, zum Inspekteur der Infanterie — Oberst von Wizendorff (rechts), bisher Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 6, zum Kommandanten von Berlin.

Bild rechts.

Generaloberarzt Professor Dr. Schulgen †.
Generaloberarzt Prof. Dr. Schulgen, der Mitarbeiter und späterer Nachfolger des Professors von Schieren in der Medizinischen Abteilung des Kriegsministeriums, nach dem Kriege als Heeres-Sanitätsinspekteur im Reichsverteidigungsministerium der Organisator des Sanitätswesens in der Reichswehr, ist nach längerer Krankheit im Alter von 87 Jahren gestorben.

Die Benediktenwand — der Schauplatz eines schweren Lawinenunglücks.

Die Benediktenwand bei Bad Tölz im Karwendelgebirge, an deren Hang eine Skifürs-Mannschaft der bayerischen Landespolizei von einer Lawine überrascht wurde. Der führende Polizei-Oberleutnant, der durch den Lustandruck beiseitegeschleudert war, wurde bewußtlos aufgefunden. Von den acht Verletzten konnte nur ein Polizist schwer verletzt geborgen werden, bei den andern kam die von mehreren Rettungskolonnen gebrachte Hilfe zu spät.



Bild links unten.

Schiffseitung im Hafen von Swinemünde.
dem Schauplatz des Unterganges des Kieler Dampfers „Carl“, der dort vor wenigen Tagen durch einen schwedischen Dampfer gerammt wurde, ein — in unserem Bilde deutlich sichtbares — riesiges Loch am Bug erhielt, in wenigen Minuten sank u. jetzt gehoben wurde.



In ihre Hand wurde die künftige Gestaltung der Bayreuther Festspiele gelegt.

Frau Winifred Wagner, die Witwe Siegfried Wagners, hat mit der künstlerischen Leitung der Bayreuther Festspiele den Generalintendanten der Preußischen Staatsoper, Helga Zietlow (links), mit der musikalischen Leitung Generalmusikdirektor Wilhelm Furtwängler (rechts) betraut. Beide Berufungen sind bereits angenommen worden. Jedoch wird die Neuordnung erst nach den diesjährigen Festspielen in Kraft treten.

Bild rechts unten.

Ein Bild von dem Tennis-Stadtlauf
Köln-Barcelona.

der dieser Tage in Spanien ausgetragen und von Köln 7:5 gewonnen wurde. Den Aufschlag gaben die deutschen Damen Fräulein Rosi-Köln (links) und Fräulein Grabwinkel-Dortmund (rechts), die ihren Gegnerinnen, Frau Torras (zweite von links) und Frau Marnet (zweite von rechts) weit überlegen waren.

Bild darüber.

Eröffnung

des größten österreichischen Industriebetriebes?
Die Betriebe der Alpinen Montangesellschaft in Donawitz (Steiermark), die stillgelegt werden sollen, falls die Arbeiterchaft sich nicht mit einer wesentlichen Herabsetzung der Löhne einverstanden erklärt. Diese Drohung der Gesellschaft hat in allen industriellen und gewerbsmäßigen Kreisen Österreichs um so größeres Aufsehen erregt, als die Alpine Montangesellschaft der größte österreichische Industriebetrieb ist.



Rundfunk-Programm.

Freitag.

Berlin—Stettin—Magdeburg.

7.00: Funk-Gymnastik. — Anschließend: Frühstückskonzert. — 12.30: Wetterberichtungen. — 14.00: Duettlücken beliebter Operetten (Schallplatten-Konzert). — 15.20: „Soziale Frauenberufe“. — 18.40: „Schwarzer Optimismus“. — 18.05: „Die Berliner Stadt-Rohrpark“. — 18.30: Wiener Unterhaltungsmusik. Kapelle Alfred Broe. — 17.30: Das neue Buch. — 17.40: Jugendstunde. Aus der Weltstadt des Operndramaturgen. — 18.05: „Für und wider die Elektrologie“. Die Brüder der Elektrologie. — 18.30: Volkstümliche Kammermusik aus Augsburg. — Unterwegs der Woche. — 20.00: Quer durch das „Haus des Rundfunks“. Ein beweglicher Freitagabend. — 22.00: Zeitungsage u. w. — Danach: Abendunterhaltung. Kapelle S. Löwenthal vom haus „Vaterland“.

Künige im Kulturhaus.

6.20: Zeitungsage und Wetterbericht. — 6.55: Wetterbericht. — 7.00: Funk-Gymnastik. — 9.00: Schulfest. hinter den Kulissen des Berliner Aquariums. — 10.10: Schuljahr. Mit dem Mikrofon in einer Flugzeugfabrik. — 10.35: Neueste Nachrichten. — 11.30: Übergang für praktische Handarbeiten. Tierschutz und Tierhaltung: Nutzgut und Fütterung von Jungschweinen. — 12.00: Schallplatten-Konzert. — 12.25: Wetterbericht. — 13.30: Neueste Nachrichten. — 14.00: Schallplatten-Konzert. — 15.00: Jungmädchenstunde. Mutter und Tochter. — 15.30: Wetter- und Wörterbericht. — 18.45: Jugendstunde. Reisen und Abenteuer. Weißebach, die heilige Stadt der Schützen. — 16.00: Pädagogischer Junct. 25 Jahre preußische Naturdenkmalspflege. — 16.30: Übertragung des Nachmittagssatzes Leipzig. — 17.30: Das Altegen und die Naturgesetze. — 18.00: Volkswirtschaftsfunk. Der Wandel der Wirtschaftsauffassung in England im Spiegel der Empire-Konferenz. — 18.30: Von Sklaven der Minen zum modernen Arbeitnehmer. — 19.00: English für Fortgeschrittenen. — 19.30: Wissenschaft. Vortrag für Tierärzte. — 19.55: Wetterbericht. — Anschließend: Berliner Programm.

Gehand und Börsenwirtschaft

Dresdner Börse vom 21. Januar. Seit langer Zeit lagen heute wieder Kaufaufträge, hauptsächlich für Banknoten, vor. Darmstädter Bank gewannen 4,25, Dresdner Bank 3,5, Reichsbanknoten alte 4,4 und DD-Bank 2 Prozent. Polyphon und Bergmann je plus 5, Schubert & Salzer plus 8 Prozent. Unlagerwaren verschleiteten uneinheitlich.

Leipziger Börse vom 21. Januar. Bei unveränderter Gesamttslage, aber zuverlässlicherer Stimmung kamen am Kaffeemarkt Kurssteigerungen bis zu 8 Prozent zustande. Polyphon gewannen 3,5, Rudelsburg Jemant 3, Zwittau-Oberhoendorf große 3, Schubert & Salzer 2,5, Städt. Thüringer Gas 2,25 Prozent. Schwächer lagen Pittler minus 3 und Leipziger Kammgarnspinnerei minus 2 Prozent. Kreisfleisch taumelte verändert.

Chemnitzer Börse vom 21. Januar. An der heutigen Börse zeigte sich freundliche Grundstimmung. Der Maschinenmarkt lag gut behauptet. Radeberger und Sachsenwerk gewannen je 2. Schubert und Salzer 6,5 und Thüringer Gas 3 Prozent. Die Abschläge erreichten nur bei Mimosa 3 Prozent und gingen im übrigen über 1 Prozent nicht hinaus. Banken fest, der Freizeitverkehr lag ruhig.

An der Berliner Börse kam es am Mittwoch zu weiteren Kursbesserungen. Am Schiffahrtsmarkt stiegen Hamburg-Süd um 10 Prozent. Von den Banknoten lagen Danat und Reichsbank fest. Salzderfurth stiegen um 5, H. G. Harben um 8 Prozent. Am Montanmarkt waren Kursbesserungen von durchschnittlich 2 Prozent zu verzeichnen. Gegen Schluss war die Tendenz teilweise ein wenig schwächer. Am Rentenmarkt notierten Neuobligobanleihe 4,75 Prozent. Der Satz für Tagesgeld betrug 4,8, für Monatsgeld 6,25-7,50 Prozent. Der Privatdiskont blieb unverändert.

Amtliches.

Die Maul- und Klauenrente unter dem Viehhofstande des Gutsbesitzers Edwin Hammigk in Stadtwitz Nr. 18 ist erloschen. Der Ort wird damit leichenfrei.

Amtshauptmannschaft Großenhain, am 21. Januar 1931.

Freitag, den 23. Januar 1931, nachmittags 1 Uhr fallen in Beuthain-Lager, Gal's Finte, 1 Schreibmaschine Orga-Privat, 1 Strobileinen (ca. 800 Rentner Rothenstroh), 1 Hochfrequenzapparat, 1 Teppich, 1 Standuhr und 1 Kreidens, hierauf 1,80 Uhr in Beuthain-Lager C. Kantine Richter, 1 Bücherkranz, 1 Schreibtisch, 1 Chaiselongue, hierauf nachmittags 2 Uhr im Gasthof Hofstadel 1 Hobelbank und nachmittags 3 Uhr in Glaubitz, Bieterammlung Gasthof am Bahnhof, 482 Stühle Weidenkörbe, verschiedene Größen, versteigert werden.

Riesa, am 22. Januar 1931.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Freibank Bahra.

Freitag, nachm. 3 Uhr Blutkleischverkauf. Pfund 60 Pf.

Jagdgenossenschaft Mergendorf.

Sonnabend, den 24. Januar 81, abends 7 Uhr findet eine Versammlung im Bahnhof Mergendorf statt. Das Erbreinen aller Mitglieder ist erwünscht.

Oskar Blöze, Jagdvorstand.

Versicherungs-Haupt-Agentur

für Amtshauptmannschaft Großenhain von gut eingeführtem Unternehmen zu vergeben. **Große Verdienstmöglichkeit.** Angebote von geschäftstüchtigen, einwandfreien Herren, die auf

Dauerstellung

Wert legen, erbeten unter H. T. 62 an den Invalidendank Dresden.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin

Getreide und Getreide pro 1000 kg, feste pro 100 kg im Reichsmarkt

	21. Jan.	22. Jan.
Weizen, märkischer	267,00—268,00	260,00—262,00
per Dezember	—	—
per März	277,50—278,50	278,50
per Mai	285,00—287,00	287,00
per Juli	290,00	290,50
Tendenz:	fest	fest
Mais, märkischer	154,00—157,00	156,00—159,00
per Dezember	—	—
per März	177,00	177,50
per Mai	182,00—182,25	181,00—184,00
per Juli	185,00—186,00	186,50—186,75
Tendenz:	fest	fest
Gerste, Braugerste	199—218	199—218
Hutter- und Industriegerste	188—194	188—195
Wintergerste, neue	—	—
Tendenz:	ruhig	behauptet
Oster, märkischer, alt	188,00—145,00	189,00—148,00
bo. neu	—	—
per Dezember	—	—
per März	155,00	—
per Mai	162,50	164,00
per Juli	168,50	170,00—170,75
Tendenz:	fest	ruhig
Weizengehl	—	—
Plato	—	—
Tendenz:	—	—
Weizengehl per 100 kg, fr. Berlin, br. incl. Sud (keine Marken über Rotig)	20,50—26,75	20,50—26,75
Weizengehl per 100 kg, fr. Berlin, br. incl. Sud	23,50—26,50	23,50—26,50
Weizenkleie frei Berlin	16,40—10,80	10,50—10,80
Weizengehl frei Berlin	9,10—9,80	9,25—9,75
Kaps.	—	—
Leinöl	—	—
Vitrioläserben	—	—
kleine Süsserschen	22,00—24,00	22,00—24,00
Süßerschen	19,00—21,00	19,00—21,00
Würfeln	20,00—21,00	20,00—21,00
Überbohnen	17,00—18,00	17,00—18,00
Widen	18,00—21,00	18,00—21,00
Lupinen, blaue	18,00—15,00	18,00—15,00
gelbe	18,00—21,00	18,00—21,00
Sera-ella, neu	—	—
Kapsluchen, Seite 38%	9,00—9,50	9,00—9,50
Leinfuchen, Seite 37%	15,50—15,75	15,70—16,00
Soja-Erfrischungssirup, Bef. 45%	6,10—6,40	6,10—6,40
Kartoffelflocken	18,40	18,80—19,50
Speisekartoffeln	—	—
Allgemeine Tendenz:	fest	ruhig

Die Unternehmungslust am Produktenmarkt wird gegenwärtig durch die Un Sicherheit deutlich der wieder zur Debatte stehenden Regierungsmassnahmen hinsichtlich der Vermählungsabgaben für Inlandsgesellen, sowie hinsichtlich der künftigen Verkaufs- und Exportpolitik für Obstsorten stark beeinträchtigt. Auf Käufer- und Verkäuferseite besteht erhebliche Zurückhaltung, so daß das Inlandangebot sich in engen Grenzen hält; andererseits sind höhere Forderungen als gestern im Promotionsgeschäft nicht durchzuhalten, zumal der Weihachtsfeier Anteilung bietet. Am Lieferungsmarkt war Weizen gehalten, während Rog-

gen mit leichtgebesserten Preisen einfiel. Weizen- und Roggengehl werden zu unveränderten Preisen nur für den laufenden Bedarf gefaßt. Keine Qualitäten von Hafer sind noch wie vor gefragt und da die gestern abgegebenen Untergerichte nur letzten augestellt wurden, laufen die Gehölze heute eher höher. Am Getreimarkt besteht Interesse für Industrie und Gütersorten.

Bericht über den Schlachtviehmarkt am 22. Januar 1931 zu Dresden.

Schlachtviehgattung und Wertstufen

	Wieder: A. Rinder (Mistrieb 2 Stück):	Wieder: B. Rinder (Mistrieb 3 Stück):
1. Vollf., ausgemästete, höchste Schlacht.	2. ältere, vollfleischige	2. ältere, vollfleischige
2. sonstige vollfleischige	1. junge	1. junge
3. mittlere	2. ältere	2. ältere
4. geringe	3. jüngste	3. jüngste
C. Rinder (Mistrieb 2 Stück):	E. Rinder (Mistrieb 1 Stück):	E. Rinder (Mistrieb 2 Stück):
1. jüngste, vollfleischige, höchste Schlachtwertes	1. best. Mistrieb 435 Stück:	1. best. Mistrieb 435 Stück:
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete	2. mittlere, best. Mistrieb	2. mittlere, best. Mistrieb
3. mittlere	3. mittlere Mistrieb	3. mittlere Mistrieb
4. geringe	4. geringe Mistrieb	4. geringe Mistrieb
D. Rinder (Rindbullen) (Mistrieb — Stück):	F. Rinder (Rindbullen — Stück):	G. Rinder (Rindbullen — Stück):
1. vollfleischig, ausgemästet, höchste Schlachtwertes	1. best. Rindbullen best. Mistrieb	1. best. Rindbullen best. Mistrieb
2. sonstige vollfleischige	2. mittlere Mistrieb	2. mittlere Mistrieb
3. mittlere	3. mittlere Mistrieb	3. mittlere Mistrieb
4. geringe	4. geringe Mistrieb	4. geringe Mistrieb
E. Rinder (Rindbullen — Stück):	G. Rinder (Rindbullen — Stück):	H. Rinder (Rindbullen — Stück):
1. jüngste, vollfleischige, höchste Schlachtwertes	1. best. Rindbullen best. Mistrieb	1. best. Rindbullen best. Mistrieb
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete	2. mittlere Mistrieb	2. mittlere Mistrieb
3. mittlere	3. mittlere Mistrieb	3. mittlere Mistrieb
4. geringe	4. geringe Mistrieb	4. geringe Mistrieb
F. Rinder (Rindbullen — Stück):	G. Rinder (Rindbullen — Stück):	H. Rinder (Rindbullen — Stück):
1. best. Rindbullen best. Mistrieb	1. best. Rindbullen best. Mistrieb	1. best. Rindbullen best. Mistrieb
2. mittlere Mistrieb	2. mittlere Mistrieb	2. mittlere Mistrieb
3. mittlere Mistrieb	3. mittlere Mistrieb	3. mittlere Mistrieb
4. geringe Mistrieb	4. geringe Mistrieb	4. geringe Mistrieb
G. Schweine (Mistrieb 107 Stück):	H. Schweine (Mistrieb 608 Stück):	I. Schweine (Mistrieb 800 Stück):
1. beste Wurstlämmere und jüngere Wurstlämmere	1. beste Wurstlämmere und jüngere Wurstlämmere	1. beste Wurstlämmere und jüngere Wurstlämmere
2. mittlere Wurstlämmere	2. mittlere Wurstlämmere	2. mittlere Wurstlämmere
3. mittlere Wurstlämmere, ältere Wurstlämmere und ausgewachsene Schafe	3. mittlere Wurstlämmere, ältere Wurstlämmere und ausgewachsene Schafe	3. mittlere Wurstlämmere, ältere Wurstlämmere und ausgewachsene Schafe
4. mittlere Schafe	4. mittlere Schafe	4. mittlere Schafe
5. geringe Wurstlämmere	5. geringe Wurstlämmere	5. geringe Wurstlämmere
E. Schweine (Mistrieb 608 Stück):	F. Schweine (Mistrieb 800 Stück):	G. Schweine (Mistrieb 800 Stück):
1. best. Wurstlämmere über 300 Pf.	1. best. Wurstlämmere über 300 Pf.	1. best. Wurstlämmere über 300 Pf.
2. vollfleischige Schweine von 240—300 Pf.	2. vollfleischige Schweine von 240—300 Pf.	2. vollfleischige Schweine von 240—300 Pf.
3. vollfleischige Schweine von 200—240 Pf.	3. vollfleischige Schweine von 200—240 Pf.	3. vollfleischige Schweine von 200—240 Pf.
4. vollfleischige Schweine von 160—200 Pf.	4. vollfleischige Schweine von 160—200 Pf.	4. vollfleischige Schweine von 160—200 Pf.
5. vollfleischige Schweine von 120—160 Pf.	5. vollfleischige Schweine von 120—160 Pf.	5. vollfleischige Schweine von 120—160 Pf.
6. leichte Schweine unter 120 Pf.	6. leichte Schweine unter 120 Pf.	6. leichte Schweine unter 120 Pf.

Zulassungspreise über Rotig. Die Preise sind Marktpreise für nächstes gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stad für Fracht, Markt- und Verkaufsosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stallpreise.

Geschätzengang: Röderlanasam, Schweine schlecht.